Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 2.70, monatl. 90 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 2.40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 25 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern als kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 36. Mittwoch, den 12. Februar 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

Neue unerhörte Forderungen der Entente.
Die Reichsverfassung angenommen.
Was die Hamburger Machthaber planen.
Bildung eines neuen Reichsheeres.
Polnische Angriffe größeren Stils in Sicht.
Ausdehnung des englischen Streiks.
Belgien vor der Revolution.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Am 16. d. Mts. läuft der Waffenstillstand ab. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, kennt die Reichsregierung bereits die neuen Forderungen der Entente. Es sollen uns neue, unerhörte Forderungen auferlegt werden.

Ablieferung der Artillerie?

Laut der Züricher „Neuen Korrespondenz" fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen der Entente die Herabsetzung der deutschen Armee auf 25 Divisionen. Nach derselben Quelle soll sogar die Ablieferung der gesamten Artillerie verlangt werden, doch klingt das Letztere sehr unwahrscheinlich.

Weiter wird hierzu aus der Schweiz gemeldet: Der Oberste Kriegsrat der Entente prüfte die Fragen der Abrüstung in Deutschland, um es diesem unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es je daran denken sollte. Zu diesem Ziele erheben die Alliierten Einspruch bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa gegen die Nichtausführung gewisser Bestimmungen, und sie müssen eine Bestandsangabe fordern über das Kriegsmaterial, das zurzeit in Deutschland vorrätig ist, bezw. sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Außerdem wird sich der Oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenzen, den einzubehaltenden Truppenbeständen der Alliierten und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 16. Februar unterzeichnet werden kann, so wird das jetzige Uebereinkommen einfach um einige Tage verlängert werden, bis der neue Wortlaut angenommen worden ist.

Schaffung eines zivilen Blockaderats der Entente.

Wilsons Teilnahme am Obersten Kriegsrat der Entente hat zu einem wichtigen Ergebnis geführt. Es wurde die Schaffung eines zivilen Blockaderats in Spaa beschlossen. Die in Paris aus fünf Mitgliedern von den alliierten und assoziierten Regierungen gebildete Kommission würde während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes die wirtschaftlichen Fragen behandeln, die sich von Tag zu Tag zahlreicher und mit Rücksicht auf Deutschland gebieterischer erheben und dabei keine militärischen Kenntnisse erfordern, wie z. B. des Finanzwesens, der Verproviantierung, der Blockade und der Rohstoffe.

Damit werden also eine Anzahl von Materien, die bisher von Marschall Foch als Daumenschrauben gegen Deutschland benutzt wurden, seiner Zuständigkeit entzogen. Wenn nun diese zivile Behörde diese Materien auch nach sachlichen Gesichtspunkten bearbeiten würde, so wäre damit eines der gewichtigsten deutschen Beschwerdemomente endlich praktisch als begründet anerkannt.

Waffenstillstandskommission und Nationalversammlung.

Die Parteien der Nationalversammlung haben den Wunsch geäußert, daß die Entschlüsse der Waffenstillstandskommission in Trier vor der endgültigen Unterschrift erst der Nationalversammlung als dem „Obersten Souverän" vorgelegt werden möchten.

Einspruch gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen.

Der Nationalversammlung ist ein von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen, in der die deutsche Nationalversammlung Einspruch gegen die Zurückhaltung von deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen erhebt und sich an das Gewissen der ganzen Welt wendet, sich mit ihr in der Forderung zu vereinigen, den Gefangenen die Heimat wieder zu geben. Die deutsche Nationalversammlung sendet den Brüdern jenseits der Grenze den Gruß der Heimat.

Amerikanische Friedensforderungen.

Folgende Vorschläge wurden seitens der amerikanischen Friedensdelegation der Kommission für die internationale Arbeitergesetzgebung übermittelt, um sie in die Friedensverträge aufnehmen zu lassen:

1. Jede freie Nation muß ungehindert dem Bunde der freien Völker beitreten können.
2. Repressalien, die aus reiner Rachgier gestellt werden, dürfen nicht geduldet werden.
3. Anerkennung der Rechte der kleinen Nationen und ihres Selbstverfügungsrechtes.
4. Territoriale Aenderungen oder Rechtsverschiebungen außer zugunsten des Wohlstandes der betreffenden Völker oder zum Nutzen der ganzen Welt sind unstatthaft.
5. Anerkennung des Prinzips, daß Menschenarbeit kein Handelsartikel ist und keine Kaufware. Unfreiwillige Arbeit darf nur als Strafe für Verbrechen geduldet werden.
6. Die Versammlungs- und Preßfreiheit darf nicht eingeschränkt werden.
7. Gebrauchsartikel oder Handelsartikel, bei deren Herstellung Zwangsarbeit eine Rolle spielt, dürfen im internationalen Handel nicht zugelassen werden. Der Arbeitstag darf nicht länger als acht Stunden betragen.
8. Versandt von Artikeln, die aus der Hausindustrie stammen, für kommerzielle Zwecke, soll verboten werden.
9. Für die gelieferte Arbeit muß ein entsprechender Lohn gewährt werden, der sich nach der Lebenshaltung der Massen gemäß dem Zivilisationsniveau des Augenblicks richten muß.
10. Den Frauen muß für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gewährt werden.

Baldige Rückkehr Wilsons.

„Daily Mail" meldet aus New York: Wilsons Aufenthalt in New York wird nur drei Wochen dauern. Die Botschaft Wilsons an den Kongreß umfaßt die Hauptgrundzüge der den Mittelmächten aufzuerlegenden Friedensbedingungen sowie die Einzelheiten der Lebensmittelhilfe für Deutschland. Ende März wird Wilson wieder in Paris eintreffen, wo unmittelbar darauf die Friedensverhandlungen beginnen werden.

Die syrische Frage.

Die Frage, was mit Syrien geschehen soll, ist eine der schwierigsten der Vorfriedenskonferenz. Der englische General Allenby soll bei der dortigen Bevölkerung so beliebt sein, daß sie ihn am liebsten als Organisator des Landes behalten möchte. Das widerstrebt aber bekanntlich den Interessen der Franzosen in Syrien. Die Franzosen sind aber beim syrischen Volke sehr unbeliebt. Es dürfte nun der Ausweg gefunden werden, daß die Vereinigten Staaten das Protektorat übernehmen.

Die Annahme der Vorverfassung.

Aus Weimar wird gemeldet: Das Schicksal der Notverfassung hat sich am Montag trotz mancher Widerstände entschieden. Trotzdem hat niemand an der Februarverfassung besondere Freude, und die Mitglieder der Nationalversammlung legen Wert darauf, daß in der endgültigen Verfassung die Dinge anders aussehen müssen, als jetzt. Aber man fügt sich vorläufig der Notwendigkeit. Das ist die Ansicht des Mehrheitssozialisten Löbe aus Breslau, so resumiert auch Herr v. Payer, so auch Herr v. Delbrück, der früher so oft von der Regierungstribüne, gestern aber zum ersten Mal als Abgeordneter sprach. Er teilte mit, daß die Deutschnationalen ihre sämtlichen Abänderungsanträge zurückziehen und dadurch zu ihrem Teil wesentlich zur Beschleunigung des Hauptverfahrens beitragen. Herr Heim aber, der unentwegte bayrische Zentrumskämpe, ist der Ansicht, daß die Nationalversammlung keine Blankovollmacht für die künftige Reichsverfassung erhalten darf. Er erklärt, mit 18 engeren Parteifreunden gegen die wesentlichen Paragraphen, aber auch gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Dann der Unabhängige Cohn! Seiner Fraktion scheint die Notverfassung nicht genug Revolutionäres zu enthalten, er will statt des Präsidenten ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium haben, vor allem aber eine Legalisierung der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Deutsche Volkspartei ließ durch ihren Vertreter Dr. Heinze erklären, daß sie trotz erheblicher technischer und juristischer Bedenken für den Entwurf stimmen werde. Der Abgeordnete Gröber vom Zentrum erklärt: Für uns ist im Augenblick das wichtigste, den Uebergang von dem revolutionären Zustand zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Die Zentrumspartei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorschläge stimmen; sie betrachtet die Annahme des Entwurfes als notwendige Vorbedingungen für Friede und Brot.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Religion und Moral.

Daß kein Volk und Staat ohne Moral bestehen kann, ist eine Wahrheit, die auch den heutigen Machthabern nicht zweifelhaft ist. Um so weniger, als der Niedergang der Moral in der letzten Zeit so böse Früchte gezeitigt hat. Allein schon, was die Sicherheit des Eigentums angeht. Den Staat zu bestehlen, gilt schon für gar nichts Verwerfliches, den lieben Nächsten auszubeuten, ist bald allgemeiner Grundsatz, und ohne Wertangabe kann man nichts mehr mit der Post oder Eisenbahn verschicken. Nein, unmoralisch wollen auch unsere jetzigen Herren das Volk nicht haben. Sonst sinkt das Volk herab zu einer Horde wilder Tiere, die sich untereinander auffressen.

Aber von Religion will man anscheinend nichts wissen. Sie erscheint als ein überflüssiger, ja ein schädlicher Artikel. Der mit Kultusministerialbildung ausgerüstete Genosse ist selbstverständlich religionslos, und wenn er, wie es seine Pflicht ist, aus der Kirche ausgetreten ist, auch Dissident. Er glaubt an gar nichts, denn die Wissenschaft (die er natürlich vollständig beherrscht) hat ja „bewiesen", daß es keinen Gott gibt und ein ewiges Leben nur ein Ammenmärchen ist. Von „Dogmen" will er vollends gar nichts wissen. Solche Dogmen, die den Kindern angeblich in der Schule eingetrichtert werden, zu nennen, würde ihm zwar etwas schwer fallen, aber das macht nichts. Fest steht, daß diese Dogmen, die er weder kennt noch versteht, einfach Unsinn sind. Religion ist daher Privatsache. Wer welche haben will, mag sie pflegen, aber den Staat geht sie nichts an. Man kann als religionsloser Mensch doch höchst moralisch sein!

Ja, man kann es, aber man ist es nicht immer. Die Statistik beweist es. In Preußen kamen 1911 auf 100 000 Strafmündige durchschnittlich 1215 Straffälle, bei den Evangelischen nur 1094, also 121 unter dem Durchschnitt. Dagegen bei den sich als religionslos Bezeichnenden 3963, also 2718 über dem Durchschnitt. **Die Kriminalität der Religionslosen ist also mehr als dreimal so hoch, wie die der Evangelischen, wodurch klar bewiesen wird, daß Religion und Moral untrennbar zusammenhängen.** Ein Mensch ohne Religion wird leicht auch ohne Moral sein, mindestens aber in Gefahr, die Moral zu verlieren. Atheisten, die sittlich tadellos sind, sind daher Ausnahmen.

Das ist auch begreiflich. Nichts enthält soviel Antriebe zu sittlichem Verhalten und soviel Hemmungsmittel gegen unsittliche Triebe, wie die Ueberzeugung, zum Gehorsam gegen Gottes Gebote verpflichtet zu sein und von seinem Tun und Lassen ihm Rechenschaft ablegen zu müssen. Warum will man dieses so wertvolle Hilfsmittel in der Erziehung ausschalten? Ist es etwa schädlich, wenn gelehrt wird: Du sollst nicht töten, du sollst nicht stehlen, du sollst nicht lügen, du sollst Gott über alles lieben und deinen Nächsten als dich selbst, und wenn als höchstes Vorbild der Tugend Jesus von Nazareth hingestellt wird? Wird es unmoralisch wirken, wenn einem Unglücklichen zum Trost gesagt wird: Gott wird dich nicht verlassen, darum verlasse du ihn auch nicht und verlaß nicht den schmalen Weg, der zum Leben führt? Keine Moralphilosophie kann die Religion ersetzen, auch nicht der sonst so schätzenswerte kategorische Imperativ Kants. Auch den wird als verbindlich nur der religiöse Mensch anerkennen, der sich bewußt ist, daß einmal Rechenschaft von ihm gefordert werden wird. Darum sind bei Kant mit der Tugend als einem Postulat der praktischen Vernunft untrennbar die beiden anderen Begriffe: Gott und Unsterblichkeit verbunden. Dies sind die drei Grundbegriffe der Moral und gleichzeitig der Religion. Moral ohne Religion wollen, heißt eine Frucht verlangen ohne einen Baum, ein Haus bauen ohne Fundament. Religionslose Völker sind noch immer auch unmoralisch gewesen, und wo die Religion verfiel, ging ein Verfall der Sitten stets damit Hand in Hand.

Die Sozialdemokraten pflegen gern Jesum als ihren Gesinnungsgenossen in Anspruch zu nehmen. Da ist es doch merkwürdig, daß dieser Jesus gar keinen Einfluß haben soll, daß man sich der Kirche, die diesen Jesus verkündigt, feindlich gegenüberstellt und die Schule entchristlichen will. **Müßte die Sozialdemokratie nicht ganz im Gegenteil die Verbündete der Kirche sein,** die Bruderliebe, Gerechtigkeit, Treue predigt, die niemals den Reichtum gegen die Armut in Schutz nimmt, sondern im Gegenteil den armen Lazarus über den reichen Mann stellt? Die sogar in ihren Uranfängen, 1900 Jahre bevor es eine Sozialdemokratie gab, das Ideal des Kommunismus zu verwirklichen gesucht hat? Allerdings nicht indem sie sagte: Was dein ist, ist auch mein, sondern was mein ist, ist auch dein. Sie forderte nicht, sondern sie gab. Aber auch sie hat das Experiment mit ihrer Verarmung bezahlen müssen, denn auch damals schon machten Arbeitsscheue die Arbeitslosigkeit zu einem Erwerb. Uns wird es ebenso gehen.

Wir müssen sagen, wenn die Sozialdemokratie ihren Vorteil verstände, erhöbe sie ihre Forderungen nicht lediglich auf Grund wirtschaftlicher Theorien und brutaler Gewalt, sondern mit der Bibel in der Hand im Namen der Religion. Dann würden auch diese Forderungen maßvoller sein und auch auf bürgerlicher Seite mehr Anhänger finden. Freilich müßte sie dann auch den übrigen Inhalt der Bibel als ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190212-13/fragment/page=0001

bindlich anerkennen, also vor allem die Forderungen christlicher Moral, und das will sie eben nicht! Das ist der Grund ihrer Religionsfeindschaft, die sie vergebens ableugnet. Man will keine Religion, um sich über die Moral, wenn es beliebt, hinwegsetzen zu können. Das ist des Pudels Kern.

Der Kultusminister Hänisch erkannte in einer in der Berliner Handelshochschule gehaltenen Rede, in der Gedanken enthalten sind, die jeder Vernünftige und Gutgesinnte nur unterschreiben kann, die außerordentlich wertvollen Kräfte des Christentums rückhaltlos an und verlangte Führung des Volkes durch die geistig höher stehenden Schichten. Aber wir fürchten, er ist nur ein weißer Rabe und wird sich mit dieser Rede wohl selbst das Todesurteil gesprochen haben. Denn in ein richtiges sozialdemokratisches Programm paßt sie nicht.

Uebrigens wäre es interessant, zu erfahren, ob sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter an dem Eröffnungsgottesdienst für die Nationalversammlung beteiligt und dadurch gezeigt hat, daß er wie Herr Hänisch den Wert des Christentums für seine eigene Person und das ganze Volk anerkennt.

Damit ist die erste Lesung der Verfassung der deutschen Republik beendet. Die Anträge der Unabhängigen werden abgelehnt. Kompromißanträge der bürgerlichen Parteien, die technische Verbesserungen enthalten und vor allem nun doch eine geordnete Regierung in den Einzelstaaten fordern — nur bis zum 31. März 1919 kann mit Zustimmung der Reichsregierung die Regierung, die sich nicht auf dem Reichstagswahlrecht aufbaut, Vertreter in den Staatenausschuß entsenden — angenommen. Auch der § 4, der von Hause aus die meisten Schwierigkeiten bereitet hatte, bleibt unverändert. Beim § 5 stimmt man dem Wunsche der Unabhängigen zu, daß auch Soldaten Mitglieder der Nationalversammlung werden können.

Nachdem die 3. Lesung, in die man sofort eintrat, schnell erledigt war, folgte die

Gesamtabstimmung.

In ihr wird der Verfassungsentwurf gegen die Stimmen der Unabhängigen und des bayrischen Zentrums angenommen.

Der künftige Präsident wird ermächtigt, das Gesetz zu unterzeichnen und damit in Kraft treten zu lassen. Somit hat die deutsche Revolution ihren Abschluß gefunden. Deutschland hat wieder eine Verfassung!

Nun erhebt sich der Volksbeauftragte Scheidemann und erklärt: Nachdem die Nationalversammlung die vorläufige Verfassung verabschiedet hat, ist die gesetzliche Mission, die uns als vorläufige Regierung zugefallen war, beendet. Wir legen die Macht, die wir von der Revolution empfangen haben, hiermit in Ihre Hände. — Demgegenüber bemerkt Abg. v. Payer, daß man nicht ohne Regierung sein könne, er bitte deshalb die Regierung, die Geschäfte weiterzuführen, bis ein Präsident gewählt ist und sich das Ministerium gebildet hat. Die Regierung ist damit einverstanden. Die Wahl des ersten deutschen Reichspräsidenten findet heute statt. Noch gestern war man über diese wichtige Frage sich noch nicht einig. Fraktionssitzungen haben deshalb bis spät in die Nacht stattgefunden. Schwierigkeiten in Bezug auf die Person Eberts, der von den Mehrheitssozialisten präsentiert wird, machen die Demokraten. Das Zentrum wollte sich erst heute vormittag entscheiden. Immerhin dürfte Ebert Präsident der deutschen Republik werden.

Der preußische Verfassungsentwurf.

Der Verfassungsentwurf für Preußen ist im Ministerium des Innern fertiggestellt und wird noch in dieser Woche das Staatsministerium beschäftigen und dann der konstituierenden Nationalversammlung unterbreitet werden, deren Einberufung noch im Laufe dieses Monats mit Sicherheit erfolgen dürfte. Wie verlautet, sieht der Entwurf ein Einkammersystem und einen besonderen Staatspräsidenten vor und ist auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut.

Bezüge und Wohnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident wird voraussichtlich im Schloß Bellevue Wohnung nehmen. Außer dem Schloß Bellevue soll noch das Reichskanzler-Palais in Frage kommen. Außer einer festen Zuwendung sollten dem Präsidenten mehrere hunderttausend Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch dürfte die Gesamtsumme eine Million nicht erreichen.

Die Gründung einer westdeutschen Republik.

Köln, 10. Februar. Wie die „Köln. Ztg." meldet, haben zahlreiche Städte und Gemeinden aus Hessen und Nassau durch öffentliche Gemeinderatsbeschlüsse dem Vorsitzenden des westdeutschen Republik-Ausschusses ihre Zustimmung zu der Bildung und Errichtung einer westdeutschen Republik bekanntgegeben.

Bildung eines neuen Reichsheeres.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Vorlage über die Bildung eines neuen Reichsheeres verabschiedet. Die Friedensstärke dieses Heeres wird 250 000 Mann betragen.

Die alte Disziplin bei den Truppen in Weimar.

Bei den unter dem Befehl des Generals Merker in Weimar stehenden Truppen ist die alte Disziplin wieder eingeführt. Soldatenräte bestehen bei ihnen nicht. Die Grußpflicht ist wieder eingeführt. Die Truppen machen einen ausgezeichneten Eindruck.

Der Deutsche Beamtenbund an die Nationalversammlung.

Der Deutsche Beamtenbund hat telegraphisch bei der Nationalversammlung wegen der in zahlreichen Städten gegen die Beamtenschaft unternommenen spartakistischen Putsche protestiert. In dem Protest heißt es u. a.:

1. Tagespresse zufolge werden dauernd von bewaffneten Soldaten und Arbeitern, die sich zu Unrecht Befugnisse der zuständigen Behörden anmaßten, Beamte der Freiheit beraubt, mißhandelt, getötet und unerhörtem Terror unterstellt. Wenn persönliche Freiheit, Gesundheit und Leben der Beamtenschaft weiter angetastet werden, sind Beamte gezwungen, ihre Rechte durch Maßnahmen zu wahren, die für gesamtes Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen zeitigen können.

2. Deutscher Beamtenbund als Gesamtvertretung der deutschen Beamtenschaft mit rund zwei Millionen Mitgliedern erbittet dringend unverzügliche Abhilfe zur Sicherung der unbedingen notwendigen ungestörten Weiterarbeit der Beamten.

Die Besetzung von Bremerhaven und Geestemünde.

Bremerhaven und Geestemünde sind durch einen schneidig durchgeführten Handstreich der Regierungstruppen, ohne daß Widerstand geleistet wurde, in deren Hand gelangt. Die Brigade Stobbe rückte völlig überraschend ein. An der Aktion war das Minensuchboot „M. 120" beteiligt. Es sperrte den Hafen, so daß die im Hafen liegenden Minensuchboote nicht auslaufen konnten. Diese wurden von den Regierungstruppen genommen. Der Polizeipräsident Behring floh. Jetzt herrscht vollkommene Ruhe. Der Verkehr funktioniert.

Hamburgs unsichere Lage.

Ein nettes Plänchen der Hamburger Machthaber.

Von mehrheitssozialistischer Seite wird gemeldet: Die Ordnung in Hamburg ist leider noch nicht völlig gewährleistet. Gerstenberg hat seine Leute nicht fest in der Hand. Russische Agenten suchten sich der Gewalt zu bemächtigen. Die Entwaffnung ist schwerer als die Austeilung der Waffen. Die Einbrecher werden zu einer Landplage und gefährden die Lebensmittelzufuhren für die Depots. Der Soldatenrat ist eigenmächtig und zerfahren. Es wird notwendig sein, daß die Hamburger mehrheitssozialistische Parteileitung durch klare Politik und soziale Fürsorge die noch immer schwierige Situation klärt.

Auf dem Kongreß der Korpssoldatenräte erklärte Ewers-Hamburg bei der Besprechung der Vorgänge in Bremen: In Hamburg seien 40 000 Mann bewaffnet worden. Wenn die Division Gerstenberg in Hamburg hätte einziehen wollen, so sei Vorsorge getroffen, daß beim ersten Kanonenschuß alle Lebensmittelschiffe in die Luft fliegen und alle Brücken gesprengt werden. Die „Rote Fahne" und auch „Die Freiheit" haben es wiederholt in Abrede gestellt, daß durch die Zustände in Bremen das Auslaufen der Lebensmittelschiffe gefährdet werde, jetzt wagt es ein Soldatenratsmitglied, zu erklären, daß es beabsichtigt sei, die Schiffe unter Umständen ganz zu vernichten. Die Räte, die gerade immer wieder betonen, daß sie ein unvergängliches Glied der republikanischen Organisation seien, die sich höchlich darüber entrüsten, daß man sich mit dem Gedanken an ihre Abolition befaßt, diese „Behörden" planen Maßnahmen, die ganz Deutschland dem sicheren Hungerstod preisgeben würden! Es kann kaum eindringlicher dokumentiert werden, in welche Lage eine Verewigung des Rätesystems Deutschland bringen müßte.

Der Lübecker Soldatenrat abgesetzt.

Der Lübecker Soldatenrat ist von der Garnison Lübeck abgesetzt worden, weil er versucht hat, die Reichsregierung zu bekämpfen. Die Soldaten verlangen einen Rat, der treu zur Reichsregierung steht.

Spartakus rüstet wieder!

Die „Antibolschewistische Korrespondenz" meldet: Der „Rote Soldatenbund" ist wieder in voller Ausrüstung zum kommenden Putschversuch gegen die Regierung. Jedenfalls ist nach zuverlässigen Mitteilungen Eichhorn der Führer. Ebert und Scheidemann sollen mit Gewalt kampflos gemacht werden. Man muß mit Gewalttaten rechnen, denn der Tod Liebknechts soll „gerächt" werden.

Das Einsehen beginnt.

Der A.- und S.-Rat Sagan richtet an die Bergleute Deutschlands folgenden Aufruf: „Arbeitsbrüder in den Bergwerken! Hört auf mit euren Streiks! Fördert wieder Kohle! Nur eure Arbeit verschafft uns Arbeit. Nur wenn ihr arbeitet, brauchen unsere Webstühle nicht zu ruhen. Nur mit euren Kohlen können wir euch Kleidung verschaffen. Gefährdet nicht die Errungenschaften der Revolution durch die Erdrosselung der Volkswirtschaft Deutschlands!"

Ein Streik der Regierungsbeamten in Schleswig

ist nach den „Schlesw. Nachr." infolge des Verhaltens der dem Regierungspräsidenten beigeordneten beiden Sozialisten ausgebrochen. Die beiden Sozialisten haben an den Regierungspräsidenten in Schleswig ein Schreiben gerichtet, in dem sie „zur besseren pflichtgemäßen Durchführung der ihnen gewordenen Aufträge" vom Regierungspräsidenten verlangen, daß sämtliche Dienstgeschäfte in der Weise unter Kontrolle gestellt werden, daß der Regierungspräsident sein Dienstzimmer zugleich mit einem für diesen Zweck bereiten Beigeordneten zu benutzen hat und daß er in dessen Gegenwart arbeitet. Sämtliche Akten sind von dem Beigeordneten zu unterzeichnen, und der Regierungspräsident habe jeweils Mitteilung zu machen, wann er sein Büro betrete; außerdem hätte er sich zu verpflichten, ohne die Gegenwart des Beigeordneten Besprechungen und dergleichen nicht vorzunehmen. Diese Zumutung ist mit einem allgemeinen Streik der Beamten bei der Regierung beantwortet worden, weil diese der Meinung sind, daß ihr Vorgesetzter sich einer so entwürdigenden Kontrolle nicht unterwerfen dürfe.

Die Lage an der Posener Front.

Die Lage an der Posener Front hat sich so gestaltet, daß, wenn es nicht gelingt, die Aufstandsbewegung in kurzem niederzuschlagen, im Frühjahr mit polnischen Angriffen größeren Stils zu rechnen sein dürfte. Vorläufig ungeklärt bleibt dabei noch die Rolle, die den Bolschewisten zufallen könnte, deren Unwesen auch nach Polen übergegriffen hat. In Warschau sind mehrere ihrer Anhänger verhaftet worden, deren Zusammenarbeiten mit der deutschen Spartakusbewegung durch beschlagnahmte Papiere festgestellt werden konnte.

Aus Bromberg wird amtlich gemeldet: Am 9. Februar wurden Josefinen, Brückenkopf und Teile von Steinburg wieder genommen. Bei Josefinen wurden sechs Maschinengewehre erbeutet. An den anderen Fronten unseres Abschnittes herrschte rege Patrouillentätigkeit.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg." weiter meldet, hat sich die Lage bei Bromberg weiter verschlechtert. Ein Teil der Grenzschutzbataillone sieht seine Aufgabe im Politisieren, statt im Kampf gegen die Polen. Zusammenarbeit ist kaum vorhanden. So haben die Polen nicht nur Schubin und Netzwalde, sondern auch Grünthal genommen. Ihre Patrouillen stehen dicht vor Nakel. Der Mittags-D-Zug aus Thorn, der viele hundert Soldaten aus Rußland zurückbrachte, wurde in Strelau angehalten. Die Soldaten, die sich freiwillig zur Offenhaltung der Strecke Bromberg—Nakel—Schneidemühl erboten, wurden bewaffnet. Wenn es der von Schneidemühl entsandten Hilfe nicht gelingt, Wandel zu schaffen, ist mit der Unterbindung der wichtigen Strecke Berlin—Thorn zu rechnen. Die Lage ist sehr ernst. Der Eisenbahnverkehr Berlin—Königsberg ist unterbrochen. In Marienburg herrscht Streik unter den Eisenbahnern.

300 000 Mark für den Grenzschutz.

Zur Bekämpfung der Polengefahr beschlossen die Stadtverordneten in Bromberg, für die Truppen, welche die Polengefahr erfolgreich bekämpfen, eine Treuprämie von 300 000 Mark auszusetzen.

Polnische Hochverräter.

Dem „Vorwärts" wird aus Bromberg gemeldet: Wegen Hochverrats und Widerstandes gegen die bewaffnete Macht hatten sich elf gefangene Polen vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Verurteilt wurden drei zu je 12 Jahren Festung, fünf zu je 15 Jahren Zuchthaus, zwei zu je 12 und einer zu 10 Jahren Zuchthaus. Sie behaupteten, mit Gewalt angeworben und zum Kampfe gegen die Deutschen gezwungen worden zu sein.

Behandlung der Deutschen Posens.

Aus zahlreichen Meldungen geht übereinstimmend hervor, daß die Polen fortfahren, ihre deutschen Mitbewohner auf das schwerste zu bedrücken und mit unglaublicher Roheit zu behandeln. Ausplünderung und Beschimpfung von Reisenden, Einbrüche in Geschäfte und Gasthäuser, Benachteiligung bei der Lebensmittelzuweisung sind an der Tagesordnung. In besonders drangvoller Lage befinden sich unsere pflichttreuen Eisenbahnbeamten, die mit Gewalt gezwungen werden, für ihre Gegner zu fahren. Die Zahl der eingezogenen Geiseln ist ständig im Wachsen.

Geradezu himmelschreiend lauten die Nachrichten über die Behandlung der Gefangenen, die in der Winterkälte ihre Bekleidung mit Drillichzeug und Strohpantoffeln vertauschen müssen und mit Vorliebe ohne Decken und warmes Essen in kalte Keller gesperrt werden. Grobe Mißhandlungen durch Kolbenstöße, Faustschläge, Anspeien, ständiges Bedrohen mit Erschießung werden selbst gegenüber Verwundeten angewandt, und leider bleibt es nicht bei der bloßen Drohung, wie erst kürzlich wieder das tragische Ende des als Parlamentär gekommenen Leutnants Rogalla und die Niedermetzelung vier deutscher Matrosen in Schubin zeigt, die ohne Urteil in grausamster Weise ums Leben gebracht wurden. Die Polen erweisen sich mithin als gelehrige Schüler ihrer Ententefreunde, die unseren Verwundeten die Benutzung der Frankfurter Lazarette verwehren.

Entente-Aktion gegen Rußland.

Die „Zürcher Morgenztg." meldet aus dem Haag: Wie unser Londoner Vertreter erfährt, versichert man in der Umgebung Lloyd Georges, daß die russischen Vorschläge von den Alliierten endgültig zurückgewiesen wurden. Die Prinzeninseln waren die letzte Etappe vor der militärischen Aktion gegen die Moskauer Regierung.

Die Streiklage in England.

Reuter zufolge ruht die Arbeit auf den Schiffswerften am Clyde. Die Streikenden erklärten, sie seien fest entschlossen, den Streik so lange fortzusetzen, bis die vierzigstündige Arbeitswoche eingeführt sei. — Wie verlautet, sind Haftbefehle ausgestellt worden, um die Mehrzahl der Streikführer in Belfast zu verhaften. Aber die Behörden warten noch mit der Ausführung der Befehle, um die größte Möglichkeit für die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens zu bieten. — Der Vertreter der „Daily Chronicle" in Philadelphia (Ver. Staaten) hatte eine Unterredung mit dem Schweizer Professor Struve, der erklärte, England sei für den Bolschewismus reifer als Deutschland. — Infolge der Ausdehnung des Streiks hat die britische Regierung nach Glasgow, Belfast und Dublin eine Anzahl Panzerwagen und Tanks entsandt.

Wie aus Bern gemeldet wird, hat die Streikbewegung in England die wichtigsten Industriezentren lahmgelegt und den Verkehr mit London vollständig unterbrochen. Sämtliche Untergrundbahn- und Stadtbahnangestellten Londons streikten am Sonntag.

Belgien vor der Revolution.

Die Regierung König Alberts von Belgien ist zuverlässigen Nachrichten aus Holland zufolge nicht auf Rosen gebettet. Das Schreckensregiment, das sie über die flämischen Aktivisten verhängte, hat das Gegenteil von dem erreicht, was es sollte. An die 3000 Gefangene schleppt die Regierung im Lande umher und weiß nicht: soll sie sie aburteilen lassen oder freigeben? Das in Gent erscheinende Blatt „Ons Vaderland" hatte sie aus kleinlicher Rachepolitik verboten, mußte aber, angesichts der drohenden Haltung der Truppen, das Erscheinen schon am zweiten Tage wieder erlauben. Auf der anderen Seite fordern auch die Wallonen eine eigene Vertretung auf der Friedenskonferenz! Eine tiefe Unzufriedenheit geht durch die Kreise der Kaufmannschaft und des Handels, ein Streik tritt dem andern auf die Ferse. Dazu kommt die politische Unzufriedenheit aller Parteien mit dem Wahlgesetz, so daß, wenn darüber eine Ministerkrisis ausbricht, kein Mensch sagen kann, was daraus werden wird. Denn die Sozialdemokraten — die in Belgien stark syndikalistisch gerichtet sind und die internationale Konferenz in Bern nicht beschickt haben — machen ganz offen Stimmung für die Republik. Auf ihrem Programm steht im übrigen auch die Verwaltungstrennung für Flandern und Wallonien — die die deutsche Besetzung durchgeführt hatte — und die Ablehnung jeglicher Annexion, sowohl nach der holländischen wie nach der deutschen Seite. Zu der sehr scharfen Agitation, die die Sozialdemokraten treiben, kommt nun noch, daß Brüssel auch ein Zentrum des internationalen Bolschewismus ist, dessen dunkle Vertreter ihre verborgene Tätigkeit dort ungestörter ausüben können als in irgendeiner anderen Großstadt. Im ganzen gleicht Belgien heute einem Hexenkessel, in dem Dinge zusammengebraut werden, deren verhängnisvolle Nachwirkungen kein Mensch zu übersehen vermag.

Belgien verlangt 10 Milliarden.

Die gesamte belgische Presse enthält die offenbar offiziöse Notiz, daß bei der Reise des belgischen Ministerpräsidenten nach London und Paris belgischerseits eine Entschädigung von 10 Milliarden von Deutschland verlangt werde. In Belgien beschäftigt man sich augenblicklich mit der Möglichkeit, schon vorher einen Teil dieser Schuld auszunutzen. Es wird die Ausgabe einer Anleihe von einer Milliarde in Belgien und einer anderen in gleicher Höhe in den Vereinigten Staaten in Aussicht genommen. Man will für die Anleihe nicht den Schluß der Pariser Konferenz abwarten.

Revolutionäre Bewegung in Rumänien.

Der „Pester Lloyd" hebt hervor, daß der rumänische Ministerpräsident Bratianu sich seiner unsicheren Lage bewußt ist. Bratianu befürchtet eine sozialistische Bewegung und trifft verschärfte Maßregeln gegen eine Revolution. Der verschärfte Belagerungszustand ist in Rumänien bereits verfügt worden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit den Sozialisten. Sämtliche Eisenbahn-, Tabak- und sonstigen Arbeiter der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190212-13/fragment/page=0002

Industrien streiken und Demonstrationen gegen den König und die Regierung. Auf der Straße begegneten die Demonstranten dem Könige. Sie pfiffen ihn aus und riefen: „Es lebe die Republik! Nieder mit dem Könige und mit Bratianu!" Bei einer Demonstration wurden sie mit Maschinengewehren beschossen, wobei es 30 Tote gab. Die ganze rumänische Presse ist gegen Bratianu. Die Unzufriedenheit des rumänischen Volkes ist allgemein. Der Bolschewismus in der rumänischen Armee wird durch russische Agitatoren und selbst durch rumänische Offiziere betrieben.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Für die nächste Woche gibt es auf den Kopf der Bevölkerung 75 Gramm Grieß zum Preise von 8 Pfg., 2 Pfund Kohlrüben zum Preise von 11 Pfg. und ½ Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pf. auf die Bezugsscheine 23—25, deren Abgabe am Mittwoch, den 12. oder Donnerstag, den 13. d. M. zu erfolgen hat. Der Verkauf der Ware findet vom 20. bis 22. Februar gegen Abgabe der Quittungsabschnitte statt.

Ausgabe von Kohlrüben.

Auf Bezugsschein und Quittungsabschnitt 22 werden in dieser Woche in allen Lebensmittelgeschäften für die Person 2 Pfund Kohlrüben zum Preise von 16 Pfg. verabfolgt.

Ausgabe von Quark.

auf Abschnitt 44 der Quarkkarte findet am Mittwoch, den 12. d. M. bei Fischer, Weißenfelser Straße 12 und Kötteritzsch, Gotthardstr. 21, statt. Gegen Vorlegung der neuen Quarkkarte werden pro Kopf 50 Gramm Quark zum Preise von 12 Pfg. zugeteilt.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch

findet in der Woche vom 10—15. Februar in allen Verkaufsstellen statt. Auf Feld 16 (soweit noch nicht beliefert) sowie auf Feld 17 gibt es je ¼ Liter.

Rohfleisch und Fleischwarenverkauf

findet am Mittwoch, den 12. d. Mts. bei Hoffmann, Brühl Nr. 6 von 2 bis 5, bei Möbius, Tiefer Keller 1 von 2 bis 5, bei Naundorf, Obere Breitestraße 4, von 1 bis 4 Uhr nachmittags statt. (Ordnungsnummern siehe Anzeige.)

Vereine und Versammlungen.

Die Christliche Volkspartei und die Deutsche Volkspartei laden ihre Mitglieder und Freunde zum Donnerstag, den 13. d. M. nach Müllers Freundeshof ein, zwecks Aufstellung des Wahlvorschlages für die Stadtverordnetenwahlen.

Die Mitglieder und Freunde des D. D. H. feiern an das gemütliche Zusammensein am Mittwoch um 7 ½ Uhr im „Berliner Hof" erinnert.

Am Montag, den 17. d. M. wird in der Lese- und Bildungshalle (Herzog Christian) der 14. Bildungsabend abgehalten. Herr Prof. Kilborn wird über „Die Natur im deutschen Liede des 19. und 20. Jahrhunderts" sprechen. Frau Landesrat Bothe wird einige Gesangsvorträge zu Gehör bringen. Nach Bedarf wird der Abend am Dienstag, den 18. Februar, wiederholt werden. Karten sind vorher bei Frl. Engelmann erhältlich.

Der Vorstand des „Vaterländischen Frauenvereins" macht bekannt, daß auch in diesem Jahre eine Auszeichnung von Dienstboten, die mindestens 5 Jahre bei Mitgliedern des Vereins im Dienste einer Herrschaft gestanden haben, stattfinden soll. Anträge sind bis zum 10. März schriftlich nach Seffnerstraße 1 einzureichen.

Im „Halben Mond" fand gestern, Montag abend die Monatsversammlung der „Kreisgruppe Merseburg des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig" statt. Der Vertrauensmann, Herr Schulz, begrüßte die zahlreiche Versammlung. Die Mitgliederzahl ist außerordentlich gestiegen, allein im letzten Monat seien 52 Neuanmeldungen zu verzeichnen. Die Verbandsleitung zolle der Tätigkeit der Kreisgruppe Anerkennung, indem sie drei Herren mit der goldenen und einen mit der silbernen Werbenadel auszeichnete. Für die Bücherei der Lehrlingsabteilung sind vom Verein zur Förderung der Jugendpflege 75 Mk., von anderer Seite ca. 25 Mk. gestiftet worden, so daß wertvolle Anschaffungen gemacht werden konnten. Zum Schluß wurden einige Vorschläge, die das am Sonnabend im „Neuen Schützenhause" stattfindende 30jährige Stiftungsfest betrafen, durch gesprochen.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung.

Eine Bekanntmachung des Wahlvorstandes für die Stadtverordnetenversammlung, die Einreichung von Wahlvorschlägen betreffend befindet sich im Anzeigenteil der heutigen Nummer.

Der Entwurf einer neuen Kreisordnung

ist im preußischen Staatsministerium des Innern fertiggestellt und wird zur gegebenen Zeit der Landesversammlung als Vorlage zugehen.

Die Südlinie des Mittellandkanals.

Die Bernburger kaufmännische Vereinigung hat an den anhaltinischen Staatsrat ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit die Inangriffnahme der Fortführung des Mittellandkanals als Notstandsarbeit dringend geboten erscheint und es notwendig ist, daß der anhaltinische Staatsrat für die Südlinie des genannten Kanals energisch eintritt.

Die „Amtliche Annahme und Verkaufsstelle für getragene Bekleidung", Karlstraße 4, ist am Mittwoch von 9—12 Uhr zwecks Annahme von Kleidungsstücken geöffnet.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 12. Februar nachmittags 3 Uhr findet auf dem Werder, im Ersenholz, eine Versteigerung von Abraumpappelholz meistbietend gegen sofortige Bezahlung statt.

Ausstellung von Modellhäusern.

Im Wettiner Hof, Hallesche Straße, sind zur Zeit Modellhäuser der Rentengutsgesellschaft ausgestellt. Besichtigung bis nächsten Freitag einschließlich. Besichtigung für jedermann, besonders für Interessenten. Freitag, abends 6 Uhr, findet im genannten Lokal ein Vortrag über diese Modellhäuser statt. Nähere Auskunft erteilt Generalkommissionssekretär Avemarg hierselbst.

Zur Frage der Sicherheit der Bankdepots.

Die Berliner Großbanken hatten dieser Tage ihren Kunden gelegentlich die Mitteilung zukommen lassen, daß sie „für Schäden, die durch Störung des Bankbetriebes infolge Aufruhrs, Verfügung von hoher Hand, Streiks oder Aussperrungen veranlaßt sind, nicht haften." Auf Anfrage aus Kundenkreisen hatte der Vorsteher einer der größten Berliner Banken die Auskunft gegeben: „Wenn beispielsweise bei spartakistischen Unruhen die Bankdepots geraubt würden, können wir keinen Schadenersatz leisten." Ueber die Bedeutung der Worte „Verfügung von hoher Hand" wurde eine Erklärung überhaupt nicht gegeben. Selbstverständlich drang die Auskunft des Bankvertreters in die Oeffentlichkeit, und sie konnte gewiß nicht dazu beitragen, die Kunden zu beruhigen. Die Deutsche Bank versendet daher jetzt ein aufklärendes Schreiben, das von einem „Mißverständnis" bezüglich der „Verfügungen von hoher Hand" spricht und betont, es handle sich nur darum, daß die Banken bei zeitlichen Störungen nicht sofort Zahlungen usw. würden leisten können. Die „ausdrückliche Erklärung" wird in die Erinnerung zurückgerufen, wonach jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Banken zu unterbleiben habe. Jede Beunruhigung erscheine unbegründet! Ja sogar halb in aller Welt denn jener Hinweis „Verfügungen von hoher Hand"? Die Aufklärung dieser merkwürdigen Tatsache ist damit noch nicht gegeben!

Diebstahl.

Heute wurde der Arbeiter Emil Rohde aus Theißen bei Zeitz hier festgenommen, weil er gestern abend zusammen mit einem Unbekannten bei einem Landwirt in Leuna 3 Treibriemen gestohlen hat. Der Täter wurde dem Amtsgericht übergeben.

Eine Kundgebung des Verbandes preußischer Landkreise.

Vorstand und Verwaltungsrat des Verbandes der preußischen Landkreise nahmen eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

Der Verwaltungsrat des Verbandes der preußischen Landkreise, in dem Angehörige aller preußischen Landesteile zur gemeinsamen Arbeit vereinigt sind, legt Verwahrung ein gegen die Bestrebungen, Preußen zu zerschlagen. Die geschichtliche Entwicklung, die den preußischen Staat zu einem starken Gebilde zusammengeschweißt hat, kann durch die Vorgänge der Revolution ebensowenig ausgelöscht werden wie die Tatsache, daß Preußen einen gerade in seiner Mannigfaltigkeit lebenskräftigen Wirtschaftskörper und eine wohlbewahrte, kunstvoll aufgebaute und festgefügte Verwaltungseinheit bildet. In der weiteren Ausgestaltung der Selbstverwaltung in Provinz und Kreis erblickt der Verwaltungsrat den geeigneten Weg, um von dem festen Rahmen des preußischen Staates mechanische Zentralisierung abzuwenden und den Besonderheiten der Stämme und Landesteile im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung Rechnung zu tragen.

Lebhafte Erörterung fand die immer schwieriger werdende Fortführung der Geschäfte der Kreisverwaltungen. Es wurde beschlossen, den zuständigen Stellen gegenüber mit allem Ernst nochmals zum Ausdruck zu bringen, daß die Zumutungen an die Selbstverleugnung der Beamtenschaft die äußerste Grenze erreicht haben.

Lehrgänge in der Baumpflege und Obstverwertung

werden im Provinzialobstgarten zu Diemitz bei Halle a. S. abgehalten. Es finden Lehrgänge für Kreis- und Gemeinde-Baumwärter, für Kriegsbeschädigte, für Straßenmeister und -wärter, für Volksschullehrer und ein Veredelungslehrgang statt. Ueber Obstverwertungs- und Verpackungs-Lehrgänge wird später Bestimmung getroffen. — Der Unterricht ist für Angehörige der Provinz Sachsen unentgeltlich. Die Kosten, welche dem Teilnehmer erwachsen, bestehen in der Beschaffung der Gartengeräte (Baumsäge, Kratze, Hippe, Schere, Veredlungsmesser, Abziehstein) und einiger Leitfäden, und in kleinen Ausgaben für Eisenbahnfahrten in die Umgegend von Halle. Für Unterkommen und Beköstigung haben die Teilnehmer selbst Sorge zu tragen. Die Lehrgänge beginnen sämtlich morgens 9 Uhr. Die Teilnehmer haben sich pünktlich im Provinzial-Obstgarten einzufinden. Anmeldungen nimmt der Vorsteher des Provinzial-Obstgartens, Gartendirektor Müller in Diemitz bei Halle a. S., der auch das Nähere mitteilt, entgegen. Diese werden wegen des starken Andranges möglichst bald erbeten, spätestens aber 14 Tage vor Beginn des betreffenden Lehrganges. Nach diesem Zeitpunkt werden die Anmeldungen nur dann noch berücksichtigt, wenn Platz vorhanden ist. Mit dem Empfang der Anmeldebestätigung ist die Verpflichtung des Erscheinens verbunden.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Bestandene Prüfung.

Schkeuditz, 11. Februar. Herr Willy Poser bestand vor der Meisterprüfungs-Kommission in Halle a. S. die Meisterprüfung als Konditor. Er erwarb dadurch das Recht zur Führung des Meistertitels und zur Anleitung von Lehrlingen.

Stadtverordnetenwahlen.

Schkeuditz, 11. Februar. Die Stadtverordneten-Wahlen finden am Sonntag, den 23. Februar, statt und zwar nach den Listen, die zur Nationalversammlung aufgestellt waren.

Juweliendiebe.

Halle, 11. Februar. Hier haben sich zwei männliche Personen in einem Juweliergeschäft Damenringe vorlegen lassen und, während ein anderer Käufer bedient wurde, ein Brett mit 6 goldenen Armbändern mit Uhren im Gesamtwerte von 6000 Mk. gestohlen. Auf Wiedererlangung der Sachen sind 500 Mk. Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Angaben an die Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe.

Halle, 11. Februar. Durch unvorsichtigen Umgang mit einer Schußwaffe wurde auf dem hiesigen Personenbahnhof ein Soldat von einem anderen tödlich verletzt.

Zur Lage des Mansfelder Bergbaues.

Halle, 10. Februar. In einer Sitzung der gewerkschaftlichen Verwaltungs- und Betriebsbeamten zu Eisleben hat Direktor Kurrer instruktive und bemerkenswerte Mitteilungen über die derzeitige Lage der Mansfeldischen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft gemacht. Hiernach sind die Aussichten angesichts der veränderten sozialpolitischen Zustände recht trübe. Die Ausgaben der Werkes vom 1. Oktober v. J. bis 20. Januar d. J. betragen rund 47 Millionen Mark, denen ein Absatz von nur 20 Millionen Mark gegenübersteht. Dabei sei zu berücksichtigen, daß der Absatz von mehr als 11 Millionen Mark im Oktober auf 2¼ Millionen Mark im Dezember gefallen ist. Für die Mansfelder Verhältnisse ausschlaggebend sei der Umstand, daß amerikanisches Kupfer heute schon zum Preise von rund 350 Mk. je 100 Kilogramm geliefert werden könne, während die Selbstkosten des Mansfelder Kupfers etwa 700 Mk. seien. Die von der Reichsregierung erbetene Unterstützung sei bisher nicht gewährt worden. Von den mit den Verhältnissen wirklich vertrauten Arbeiterführern wird selber zugestanden, daß die Sozialisierung von Betrieben, die heute fast durchweg mit Minus arbeiteten, den Untergang nur noch beschleunigen müßte. Demgegenüber sei die Direktion gern bereit, auf Vorschläge zur Besserung der Lage einzugehen, da sie es für ihre Pflicht erachte, den 80 00 Menschen, die jetzt noch unmittelbar von Bergbau lebten, ihre Vorstelle zu erhalten. Weder eine etwaige Verstaatlichung noch eine Vergesellschaftlichung schaffe die Notwendigkeit aus der Welt, daß mehr denn je gearbeitet werden müßte, um aus der jetzigen Misere herauszukommen. Zu bedauern sei, daß die Arbeiterschaft sich den nackten Tatsachen gegenüber verschließe. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, sei eine Katastrophe unvermeidlich, und dann hätte auch dem Mansfelder Bergbau das letzte Stündlein geschlagen. Der gute Wille der Entente (!!) und die Einsicht der Arbeiter können allein helfen.

Einbruch.

Glesien, 11. Februar. In der Nacht zum Mittwoch ist im Gasthofe der Frau Roßberger eingebrochen worden. Die Diebe nahmen eine Ziege und einen Ziegenbock mit und sind spurlos verschwunden.

Besitzwechsel.

Rockwitz, 11. Februar. Der hiesige Gasthof, Besitzerin Frau Schröter, ist an den Gastwirt Franz Naue aus Schkeuditz verkauft worden. Der Kaufpreis soll 48 000 Mk. betragen.

Aus Provinz und Reich

Die städtischen Beamten Leipzigs im Streik.

Leipzig, 11. Februar. Hier sind die städtischen Beamten in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist in Folgendem zu suchen: Die Unterbeamten des Rates der Stadt Leipzig, Schutzmannschaft, Berufsfeuerwehr, Wohlfahrtspolizei, waren vor einiger Zeit wegen der schwierigen, wirtschaftlichen Verhältnisse mit Gehaltsforderungen an den Rat herangetreten. Der Rat hatte wohlwollende Prüfung der Forderungen, deren Berechtigung er sich nicht verschloß, zugesagt und es waren Verhandlungen gepflogen worden, die dicht vor dem Abschluß standen. Da auch die Kanzleibeamten mit Wünschen einer anderweiten Gehaltsregelung an den Rat herangetreten waren und ein neues Gehaltssystem eingereicht worden war, auch eine Neuregelung der Gehälter der Staatsbeamten in Aussicht steht, beabsichtigte der Rat, diese Fragen erst zu klären, ehe er bindende Zusagen machen wollte. Dadurch erlitt die Behandlung der Gehaltsregelung eine Verzögerung, die von den Beamten als Verschleppungstaktik aufgefaßt wurde. Man glaubte nicht an den guten Willen des Rates und hat aus diesem Grunde in den Ausstand.

Aufnahme einer 2-Millionen-Anleihe.

Halberstadt, 10. Februar. Die Stadtverordneten genehmigten die Vergebung einer Anleihe von zwei Millionen Mark beim Bankierverein in Hannover zum Kurse von 99,60 bei einer Verzinsung von 5 v. H. und einer Tilgung von ½ v. H. Die Anleihe soll zehn Jahre unkündbar sein und dann mit einjähriger Frist beiderseits gekündigt werden können. Zunächst soll eine Million, die zweite nach sechs Monaten begeben werden.

Eisenbahnunglück.

Stendal, 10. Februar. Freitag abend 10¾ Uhr ist der fahrplanmäßig um 8 Uhr von Stendal abgefahrene Personenzug 201 auf dem benachbarten Bahnhof Haemerten bei der Ausfahrt infolge falscher Weichenstellung auf einen Prellbock gefahren. Die Lokomotive entgleiste. Die beiden nachfolgenden Postwagen schoben sich ineinander und gerieten in Brand, ebenso der dahinter befindliche Packwagen. Die drei Wagen brannten vollständig aus.

Turnen, Spiel und Sport

Turnen. — Die Merseburger Turnerschaft hält stets Mittwochs für die männlichen und Donnerstags für die weiblichen Mitglieder gemeinsames Turnen in der städtischen Turnhalle, Wilhelmstraße, ab. Alle, bis jetzt nicht Teilgenommene, werden im eigenen Interesse aufgefordert zu erscheinen. Die Turnhalle wird an diesen Abenden geheizt.

Fußball. — Amtliche Bekanntmachung: Der Vorstand des Saalegaues bittet uns, mitzuteilen, daß

1. die für nächsten Sonntag angesetzten Verbandsspiele um 1½ Uhr und 3 Uhr (statt 1 Uhr und 2½ Uhr) beginnen,

2. daß die Schiedsrichterabende künftig nicht Mittwochs, sondern Donnerstags Abend (Beginn 7½ Uhr) in Müllers Hotel in Halle, Magdeburgerstraße, stattfinden.

Weitere Fußballreisetage. — Halle: Borussia — Wacker 2:0. Sportfreunde — Favorit 2:0; Naumburg: Sparta, Weißenfels — Hohenzollern 1:4; Weißenfels: Städt. Turn-Verein Bion — Preußen 3:4; Fürth: Spielverein, Führt — Männer-Turn-Verein Fürth 7:0; Mannheim: V. f. Rasenspiele — Phönix 5:1, Sportverein Waldhof — Fußballklub Mackenau 4:1; Stuttgart: Union — Schwaben 7:1.

Beschiedenes. — In allen Orten regen sich nun wieder die Turn- und Sportvereine. Nach und nach auch hier in Merseburg. Die Rasensportvereine, die ihren Betrieb auch in der Kriegszeit durchhalten konnten, treten nun mit einer großen Anzahl Mannschaften an. Die Turnvereine haben wegen Kohlenmangel gemeinsames Turnen angesetzt. Die Ruderergesellschaft hat in dieser Woche eine Hauptversammlung. Verschiedene Schiefklubs sind wieder bei der Arbeit. Radfahrer haben sich ebenfalls in beratenden Sitzungen gefunden. Allerorts regt sich wieder der Sportsgeist, nur von unseren beiden Schwimmvereinen „Merseburger Schwimm-Verein" und „Poseidon" hat man noch nichts gehört. Hier wäre Vorarbeit sehr nötig, damit im Sommer, leider sind wir hier ohne Hallenbad, ein regelrechter Betrieb einsetzen kann. Hoffentlich bedarf es nur dieser Zeilen. (D. Sp. Red.) — Am kommenden Sonntag findet auf dem V. f. B.-Platz ein erstklassiges Treffen V. f. B. I — Favorit 1-Halle statt.

Wettervoraussage

Mittwoch, 12. Februar. Westwind, wolkig, Temperatur nahe null; nirgends erhebliche Niederschläge.

Letzte Depeschen

Die Sozialistenkonferenz über den Bolschewismus

Bern, 11. Februar. Auf der Sozialistenkonferenz wurde gestern über den Bolschewismus gesprochen. Lorriot-Frankreich gab eine Erklärung ab, daß eine Stellungnahme gegen den Bolschewismus zur Unterstützung der bourgeoisistischen Politik Wilsons beitragen würde. Die russische Revolution habe zu viel für den Sozialismus getan, als daß man sie brandmarken könne. Axelrod, russischer Menschewist, stellt fest, daß der Bolschewismus nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat sei. Friedrich Adler-Oesterreich bringt eine Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Zustände verwahrt. Bernstein-Deutschland erklärt, für Deutschland sei der Bolschewismus eine praktische Frage, von der Leben und Tod der deutschen Demokratie abhänge. Der Sozialismus darf in keiner Weise mit dem Bolschewismus zusammenarbeiten, weil der Bolschewismus — und das gilt besonders für das industrielle Deutschland — den Hungertod des Proletariats bedeuten würde. Branting führt dann in seinem Schlußwort aus: Das Ziel der Internationale ist der demokratische Völkerbund, so wie er von dem Kongreß beschlossen worden ist, das heißt, ein Völkerbund ohne Ausschluß irgend einer Nation. Wir hoffen, daß das große Ziel erreicht wird auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufgestellt hat. Nach kurzen Erklärungen eines deutschen Unabhängigen, die ganze deutsche Jugend sei antimilitaristisch, wurde der Kongreß geschlossen.

Archangelsk nicht von den Bolschewisten genommen.

Kopenhagen, 11. Februar. Die hiesige englische Gesandtschaft dementiert die Londoner Meldung, daß Archangelsk von den Alliierten geräumt und darauf von den Bolschewisten besetzt worden sei.

Amerikanische Kohle für die Nordländer.

Zürich, 11. Februar. (Eig. Drahtb.) Die „Neue Zür. Ztg." meldet aus Kopenhagen: Den dänischen Kohlenimporteuren ging aus Amerika die Mitteilung zu, daß die Vereinigten Staaten den nordischen Ländern unbegrenzte Mengen Kohle zu mäßigen Preisen liefern werden. Für Dänemark fleht in dieser Botschaft eine große Erleichterung, denn die Zufuhr aus Deutschland ist geringer als je und die aus England vermag den Bedarf des Landes nicht zu decken.

Triest von den Regierungstruppen besetzt.

Zürich, 11. Februar. (Eig. Drahtb.) Die „Zür. Morgenzeitung" erfährt aus Wien: Nach der „Slavischen Korrespondenz" sind die Bolschewisten aus Triest wieder vertrieben und die Stadt wurde von Regierungstruppen erneut besetzt.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190212-13/fragment/page=0003

Ihre am 11. Februar 1919 vollzogene VERMÄHLUNG zeigen an

RUDOLF DETER
TILDA DETER
geb. POMMER.

Rittergut Siegelsdorf — Post Stamsdorf Kreis Bitterfeld.

Flur-Garderoben
ca. 100 Stück empfiehlt besonders **preiswert**
Möbelfabrik
C. Hauptmann
Halle a. S.
Kl. Ulrichstr. 36 a u. b.
Außerdem am Lager:
Ca. 200 Zimmer-Einrichtungen!

Deutsche
Kriegsanleihe
kauft und verkauft unter günstigen Bedingungen.
Robert Rosenberg,
Bankgeschäft,
Halle a. S. Leipzigerstr. 76.

Kontrollkassen
National Totaladdierer
ältere u. neuere Modelle kaufen wir gegen bar. Offerten unter **J. O. 6751** an **Rudolf Mosse,** Magdeburg.

Habe mich in Merseburg als **Arzt** niedergelassen. Sprechstunden bis auf weiteres in **„Müllers Hotel“,** am Bahnhof Nr. 4.
10—11 Uhr vormittags; 2—3 Uhr nachmittags.
Kimbron, prakt. Arzt.

HERMANN SCHLADITZ
UHREN
GOLD- UND SILBERWAREN
OPTISCHE ARTIKEL
JETZT
KL. RITTERSTR. NO. 11.
FERNSPRECHER 472.

Kaufe jeden Posten **Rundholz** in:
Linde,
Kastanie,
Ahorn,
Kirschbaum,
Birnbaum.
Angebote an
Gustav Winkler Nachf.
Holzhandlung und Sägewerk
Merseburg, Moltkestraße 25.

Parkettböden fertig verlegt
Parkettwachs empfiehlt
Gustav Colditz jun., Parkettfabrik, **Auerbach i. V.,**

Am Mittwoch, den 12. d. M. erhalte ich **belgische**
Arbeits-Pferde,
darunter tragende
Stuten
Chr. Körber, Halle a. S.,
Landwehrstraße 6, Fernsprecher 1195.

Von Donnerstag, d. 13. d. Mts. ab stehen mehrere Ladungen erstklassiger, junger belgischer
Arbeitspferde
darunter prima
Zuchtstuten
in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.
H. B. Kremmer Nachf.
(Firma Nürnberger)
Tel. 28. Merseburg a. S. Tel. 28.

Deutsche Volkspartei — Christliche Volkspartei

Versammlung

Donnerstag, den 13. Februar 1919, abends 8 Uhr in „Rülkes Gasthaus“

Aufstellung des Wahlvorschlags für die Stadtverordnetenwahlen.

Die Mitglieder und Freunde der Parteien werden hierdurch eingeladen.

Brenner. Petzold. Drehmann, Pfarrer.

Merseburger Ruder-Gesellschaft (e. V.)

Zu der am Freitag, den 14. Februar 1919, abends 7½ Uhr im Bootshause stattfindenden
außerordentlichen
Hauptversammlung
werden hierdurch alle Mitglieder eingeladen.
Tages-Ordnung:
Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder
Neuwahl des Gesamtvorstandes.
Verschiedenes.

Der Vorstand:
Kürsten, 1. Vorsitzender.
Abfahrt der elektrischen Straßenbahn am „Tivoli“ 7 Uhr.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Große Auswahl.
Möbelfabrik
Albert Marlick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Die
Hilfe für kriegsgefangene Deutsche
(Ortsgruppe Merseburg)
ladet zu
Mittwoch, den 12. Februar, abends ½8 Uhr,
ihre Mitglieder und Freunde ihrer Bestrebungen nach dem „Herzog Christian“ ein.
Tagesordnung:
1. Bericht über die bisherige Tätigkeit der Ortsgruppe.
2. Ueber weitere Schritte zum Schutze und zur Befreiung unserer gefangenen Brüder.

Dr. Taube, Vorsitzender.
Geheim. Reg.-Rat **Schede,** stellv. Vorsitzender.
Stadtrat **Blankenburg,** Schrift- und Kassenführer.
Fabrikdirektor **Weber,** Leiter der Geschäftsstelle
Kreisausschußsekr. **Hannemann,** Beis.

---

14. Bildungsabend

Montag, den 17. Februar 1919, abends 8 Uhr
in der Lese- u. Bildungshalle Herzog Christian
Vortrag des Herrn Professor Bithorn:
„Die Natur im deutschen Liede des 19 und 20. Jahrhunderts“.
Gesangsvorträge: Frau Landesrat Bothe.
Nach Bedarf wird der Abend **Dienstag, d. 18. Febr.** wiederholt. Karten vorher bei Frl. Engelmann.
Die Leitung der Lese- und Bildungshalle.

Haus- u. Grundbesitzer-Verein Merseburg, e. V.
Mittwoch, d. 12. Februar 1919, abends ½8 Uhr im Gasthaus „Halber Mond“
Hauptversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht,
2. Rechnungslegung,
3. Vorstandswahl,
4. Festsetzung des Jahresbeitrages,
5. Stadtverordnetenwahl,
6. Versicherung gegen Aufruhrschäden.

Unsere geehrten Mitglieder (Damen und Herren) werden höflichst gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.
Maenneke, Vorsitzender.

Ackerwalzen
dreiteilig, mit Gerüst und Beschlag
— liefert bald —
Wilh. König, Aken-E.

Stadttheater Halle
Mittwoch, abds. 7 Uhr
„Nur ein Traum“.

Kaiser-Panorama
Hallesche Straße
Kaiser-Wilhelmshalle.
Täglich geöffnet von nachmittag 3 bis 9 Uhr abends.
Diese Woche:
Rüdersdorfer Kalkwerke

Achtung!
U. D. K.
Mittwoch 7½ Mittwoch
„Wettiner Hof“

Füchse
Baummarder
Steinmarder
und Iltisse
kauft zum höchsten Preise
Karl Winzer
Merseburg, Gotthardtstr. 38.

Fahren jeder Art
werden angenommen
Wilhelm Kauwann,
Merseburg, Dachdeckerstr. 2.

Gebrauchte Lederwerke
zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Achtung! Achtung!
Telegramm!
Donnerstag, d. 13. Febr., im neuen Schützenhaus
Große
Galavorstellung
der berühmten
Spezialitätengruppe Wolf
aus Magdeburg.
Nur einmaliges Auftreten!
Soubretten, Komiker, Akrobaten, Musikkunst usw., sowie
Auftreten des berühmten Hand- und Kopfequilibristen R. Wolf.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf: Drogerie Hauke, Schmalestraße 7.

Für Landwirte
vermitteln wir sofortig und unter bester Wahrung ihrer Interessen
Gemüseanbauverträge aller Art
an Kommunalverbände u. andere Großverbraucher.
Besonders gesucht sind Zwiebeln, Früh- und Spätkohl, Blumenkohl.
Beschaffen aus Saatgut und erteilen fachmännischen Rat und Auskunft in allen Anbaufragen.
Voll- und Gemüsevermittlungsstelle der Landwirtschaftskammer f. d. Prov. Sachsen
Halle a. S. Fernruf 1378—80.

Alles bezugscheinfrei.
Damen-Leibwäsche
Taschentücher, Volle-Blusen (gestickt)
Seidenstoffe für Kleider u. Blusen
Großer Posten
Scheuertücher **(handgewebt)**
Rudolf Krämer
Merseburg
Christianenstraße 7 Telefon 444.
Verkauf findet auch Sonntags statt.

Verantwortliche Redaktion, Politik, Oertl. und prov. Teil: Erich Polckow, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Salz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Salz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190212-13/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 36 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Mittwoch, den 12. Februar 1919.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Verschärfung des Waffenstillstandes.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die Pariser Hetzpresse benutzt die Gelegenheit der Verlängerung des Waffenstillstandes, um neue unerhörte Verschärfungen der Bedingungen zu fordern. Leider läßt sich nicht daran zweifeln, daß die Blätter im Auftrage der Regierung sprechen, wie sich das bei der gut disziplinierten französischen Presse von selber versteht. Man wird also damit rechnen müssen, daß diese Bedingungen tatsächlich gestellt und bei der Schwäche unserer Regierung, die noch immer die Taktik des passiven Widerstandes nicht begriffen hat, erfüllt werden. Diese Forderungen gehen im wesentlichen auf die Auslieferung Danzigs und Ostpreußens, auf weitere Materiallieferungen an die Entente und endlich auf die Besetzung der Kruppschen Werke in Essen und die Einführung der Ententekontrolle in sämtlichen Fabriken Deutschlands, die zuerst für die Entente und den Wiederaufbau Frankreichs arbeiten sollen.

Die Verbündeten spannen den Bogen so straff, daß er zu reißen droht, und im gewissen Sinne kann man das fast mit Genugtuung begrüßen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Ausführung der eben erwähnten Bedingungen Deutschland dem Hungertode ausliefern und auf diese Weise die noch keineswegs unterdrückte bolschewistische Bewegung zu einem riesenhaften Anschwellen bringen muß, ein Ergebnis, daß der Entente, die im eigenen Lager mit bolschewistischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, keineswegs erwünscht sein dürfte. Die Hoffnungen, daß der mäßigende Einfluß Wilsons auf der Konferenz mildernd durchdringen würde, haben sich in keiner Weise erfüllt, und die Verhandlungen werden von Seiten der Entente mit jenem blinden Hasse geführt, der den Blick für die Wirklichkeiten verdunkelt und der wahrscheinlich die Entente um die Früchte ihres „Sieges“ bringen wird.

Wie es in Köln aussieht.

Von verschiedenen Seiten wurden Schilderungen des guten Ernährungszustandes im rheinischen Besetzungsgebiet verbreitet, seit dort die Engländer Herren der Lage sind. Zwei Briefe einer Kölner Dame an ihre märkischen Verwandten bezeugen das Gegenteil. Der erste Brief lautet:

„. . . Wir sind bis auf einen kleinen Rest von Nahrungsmitteln beim Letzten angelangt. Der Engländer gibt nichts heraus. Im Gegenteil, Kartoffeln von städtischen Lagern nimmt er sich noch. Der Bauer ist auch auf ihn „geladen“: Hühner, Gänse, Schweine, Heu, Hafer, Stroh — alles nimmt er, wie er's sieht. Und dann schreibt man in den Blättern des übrigen Deutschlands, hier im besetzten Gebiet sei alles zu haben, Butter für 2 Mark, Speck für 90 Pfennig usw. Das soll nur den Anschein erwecken, wie gut die Engländer zu den Bewohnern sind. Was ist überhaupt nicht alles verboten? Gewiß kann ja der einzelne Soldat nichts dafür, aber die Obergewalt ist die demütigende Triebkraft. Geldstrafe und noch einmal Geldstrafe! Tommy will nur verdienen. Solltet ihr mal Butter, Milch oder Käse haben, dann schickt uns etwas; wir haben nichts als Brotaufstrich.“

Im zweiten Briefe heißt es: „Die Stadt hat keine großen Vorräte mehr. Zufuhren gibt es nicht. Wir können so allmählich, aber sicher dem Hungertode entgegengehen. Du würdest das fröhliche Köln nicht wiedererkennen. Um 9 Uhr abends sind alle Straßen von Zivilpersonen frei. Nur der Tommy darf sich bis spät in die Nacht belustigen und etwaige Spätgänger verhaften. Ausweise sind nur dem Namen nach vorhanden. Sie werden von den Soldaten fortgenommen und zerrissen, und der Besitzer wird festgesetzt, muß die Nacht über Autos waschen, erhält nach 6 Uhr morgens eine Tasse Kaffee und kann darauf nach Zahlung von 5 bis 20 Mark Strafe heimwärts ziehen. Um sich solchen Vergnügungen nicht auszusetzen, strebt alles mit einer nie gekannten Eile der eigenen Wohnung zu, sobald der Zeiger der Uhr auf 9 zugeht.“ . . .

Eichhorn nimmt die Wahl an.

Nach einer Mitteilung des Wahlkommissars für den Wahlkreis Berlin für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ist die Annahmeerklärung des zum Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung gewählten Emil Eichhorn fristgemäß dem Wahlkommissar eingereicht worden.

Vom Auslande

Die französische Presse zur Rede Eberts.

Die gesamte Pariser Presse stellt fest, daß die Rede Eberts vollkommen dem entspreche, was man nach der Aenderung in der Haltung der deutschen Regierungskreise in den letzten Wochen vorausgesehen habe. Das „Petit Journal“ hofft, daß der interalliierte Kriegsrat Ebert und seinen Bewunderern durch die neuen Waffenstillstandsbedingungen die berühmte kalte Dusche verabreichen werde, die Bismarck liebte, und sie auf diese Weise zu einer richtigeren Auffassung von der Wirklichkeit zurückführen werde. Der „Petit Parisien“ schreibt ebenfalls: Ebert und die Militärpartei sind nicht tot. Sie braucht eine Lektion. Der „Matin“ schildert „das [illegible] Manöver“ und [illegible]: Seine Erpressung zielt auf den Abschluß eines Friedens ab, der Deutschland ganz Deutsch-Oesterreich gibt, ihm eine geringe Entschädigungssumme für seine verabscheuungswürdigen Verwüstungen auferlegt, ferner ihm eine [illegible] Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen gewährt und [illegible] Erwägung vermag die französische [illegible] in einer so vitalen Frage [illegible] unserer schrecklichen Verluste zeichnet [illegible] ihre Pflicht vor. „L'homme Libre“ meldet, daß die Engländer eine Truppenmacht von 900 000 Mann auf dem Kontinent belassen werden und die Amerikaner noch 1 800 000, um auf diese Weise die Vergeblichkeit aller etwaigen Absichten Deutschlands, sich wieder aufzuraffen, darzutun.

Sitzung der Stadtverordneten

hierselbst am Montag, den 10. Februar, abends 6 Uhr.

Vom Kollegium anwesend 23 Herren.

Am Magistratstisch die Herren 1. und 2. Bürgermeister, die Stadträte Dietrich und Barth sowie Stadtbaurat Zollinger.

In Vertretung des verhinderten Stadtverordnetenvorstehers Bothe leitet Stadtverordnetenvorsteherstellvertreter Frauenheim die Versammlung. Er macht zunächst dem Kollegium Mitteilung von einem Dankschreiben der beiden Bürgermeister an die Stadtverordneten anläßlich der den städtischen Beamten bewilligten Gehaltsaufbesserungen, desgleichen von einem Dankschreiben der übrigen städtischen Beamten. Ferner wird mitgeteilt, daß die Polizeibeamten der Stadt geschrieben haben, daß sie in eine Gehaltsstufe gekommen seien, die ihren Leistungen nicht entspreche. Sie weisen darauf hin, daß im Vergleich hierzu ihr Dienst viel zu schwer und gefährlich sei. Sie ersuchen, eingehend ihre diesbezüglichen Vorstellungen zu prüfen und Recht für Recht ergehen zu lassen. Sie verwahren sich dagegen, auf dieselbe Gehaltsstufe, wie Stadtgärtner, Rohrmeister usw. zu stehen. Hierzu hat der Magistrat sich in einem Schreiben dahingehend geäußert, daß er den Standpunkt, den er in der Frage der Gehaltsregelung der Polizeibeamten eingenommen und klargelegt hat, für gerechtfertigt ansieht. Er müsse aus diesem Grunde die Eingabe der Polizeibeamten zurückweisen. Der Magistrat habe keinerlei Veranlassung ihr näher zu treten. Stadtverordneter Frauenheim billigt den Standpunkt des Magistrats.

Stadtverordneter Frauenheim gibt sodann Kenntnis von einem Schreiben des Stadtverordneten San.-Rats Dr. Witte, in dem dieser mitteilt, daß er sein Amt als Stadtverordneter niederlege. Bewogen habe ihn zu diesem Entschluß das Vorgehen der Demokratischen Partei, in die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen das politische Moment hineinzutragen.

Stadtverordneter Frauenheim verliest darauf ein Schreiben der Stadt Köslin, in der sie schärfsten Einspruch erhebt gegen die Verordnung der neuen preußischen Regierung, das Gemeindewahlrecht zu ändern. Diese Verordnung sei gesetzwidrig und hindere eine fortlaufende geordnete kommunale Verwaltung. Die Stadt Köslin habe infolgedessen bei der National- und preußischen Landesversammlung Protest eingelegt und bittet auch die Stadt Merseburg, das Gleiche zu tun. Stadtverordneter Frauenheim weist darauf hin, daß dieses Schreiben reichlich spät kommt. Eine Erörterung erübrige sich wohl. Erster Bürgermeister Hertzog. Dieses Schreiben ist mir vollkommen neu. An sich ist die Stellungnahme Köslins gerechtfertigt. Auch der Städtebund hat seine schweren Bedenken gegen die Regierungsverordnung zum Ausdruck gebracht. Ueberdies herrscht in der neuen Wahlordnung manche Unklarheit. Auch die Wahlvorbereitungen sind z. T. unzweckmäßig, z. T. widerspruchsvoll. Die neue Wahlordnung kollidiert auch mit der Städteordnung. Verwaltungstechnisch bringt sie große Schwierigkeiten. Ich weise beispielsweise nur auf die Beratung des Haushaltsplanes hin. Darum bitte ich, unseren Haushaltsplan noch vor dem 2. März zu erledigen. Stadtverordneter Langer ist der Ansicht, man solle nicht nachmachen, was einige Stadtverwaltungen, resp. einige städtische Körperschaften im Uebereifer getan haben. Die Mängel, von denen der Herr Erste Bürgermeister gesprochen habe, hätten sich auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung gezeigt, sie seien aber überwunden worden. Er warne davor, die Bewilligung des Haushaltsplanes von der jetzigen Stadtverordnetenversammlung noch vornehmen zu lassen. Das könnte zu Komplikationen mit der neuen Stadtverordnetenversammlung führen. Stadtverordneter Eichardt meint, man möge sich dem Protest Köslins anschließen. Erster Bürgermeister Hertzog: Die von mir berührten Mängel in der Wahlordnung beziehen sich lediglich auf die Stadtverordnetenwahlen, kommen also in bezug auf die Wahlen zur National- resp. preußischen Landesversammlung nicht in Frage. Stadtverordneter Krüger: Mit dem Protest würden wir nur gar nicht vorhandene Fensterscheiben einschlagen. Zudem, die Preußenversammlung wird ja viel zu spät einberufen, um da noch eine Aenderung vornehmen zu können. Die Nationalversammlung beschäftigt sich aber mit dieser Angelegenheit nicht. Ich warne dringend davor, der neuen Stadtverordnetenversammlung gewissermaßen Richtlinien geben zu wollen. Das könnte leicht zu gegenseitiger Verärgerung führen und ein ersprießliches Zusammenarbeiten erschweren. Stadtverordneter Ruprecht ist für die Beschwerde. Der Haushaltsplan muß verabschiedet werden. Der Magistrat kann doch nicht ohne Etat arbeiten. Erster Bürgermeister Hertzog: Die Einsprüche würden in erster Linie an die Regierung gehen. Man muß dabei bedenken, daß die in Frage stehende Verordnung sicher nur eine vorläufige Regelung der kommunalen Wahlen ist. Die preußische Landesversammlung dürfte zweifelsohne eine grundlegende Aenderung derselben herbeiführen. So werden wir in 4—5 Monaten sicher neue Stadtverordnetenwahlen haben. Ich bitte, den Haushaltsplan schnellstens zu genehmigen. Das soll nicht geschehen, um die künftige Stadtverordnetenversammlung zu überrumpeln, sondern weil es in Anbetracht einer geregelten Verwaltung durchaus nötig ist. Dieser Haushaltsplan wird von jeder andern Stadtverordnetenversammlung angenommen werden müssen. Er sollte schon im Dezember erledigt sein, doch es kamen die Beamtengehaltsfragen dazwischen. Es handelt sich dabei nur um eine Zweckmäßigkeit. Stadtverordneter Kohl: Der Protest würde nichts mehr nützen. Auch ist ein so kleiner Ort wie Köslin für uns nicht maßgebend. Anders liegt die Sache in Bezug auf den Haushaltsplan. Da stimme ich den Ausführungen des Herrn Ersten Bürgermeisters vollkommen bei. Stadtverordneter Langer: Man soll nicht vergessen, daß wir immer noch in den Zeiten der Revolution leben, da kann eine provisorische Regierung immer Gesetze erlassen. Was den Haushaltsplan anlangt, so bin ich anderer Ansicht, als der Herr Erste Bürgermeister. Man hat im Reiche und auch sonst mit Notetats gearbeitet, und es ist gegangen. Warum sollte es nicht bei uns gehen? Darauf wird über den Antrag Eichardt, sich dem Protest Köslins anzuschließen, abgestimmt. Der Antrag fällt. Stadtverordneter Frauenheim berichtet über eine Magistratsvorlage, das bisherige Ortsstatut über die Stadtverordnetenwahlen aufzuheben. Künftighin sollen 36 Stadtverordnete gewählt werden. Der Antrag wird angenommen.

Erster Bürgermeister Hertzog kommt noch einmal auf den Haushaltsplan zu sprechen. Derselbe liege jetzt fix und fertig vor. Er sehe dieselben Steuersätze wie im Vorjahre vor. Die Art und Weise, wie er aufgestellt sei, werde die Arbeiten zu seiner Genehmigung wesentlich erleichtern. Aenderungen habe er äußerlich nicht erfahren. Innerlich weise er die Erhöhung der Besoldung der städtischen Beamten auf. Die Kanalisation sehe eine Mehreinnahme von rund 10 000 Mk vor. Auch die Erhöhung des

---

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von Friedrich Hey.

53] (Nachdruck verboten.)

Ferner wurmte ihn die Berechnung, daß ihn dieser unglückselige Ausflug nach Bansin gegen dreißig Mark gekostet hatte. Für nichts weiter, als für Aerger und Enttäuschung.

Melitta ging in fröhlichster Erwartung auf dem Bahnsteig des Stettiner Bahnhofs umher, als der Schnellzug von Usedom heranbrauste. „Papa, Papa!“ Sie winkte wie ein seliges Bräutchen. Aber als sie das Antlitz ihres Vaters erblickte, erschrak sie furchtbar. Er sah aus, als wäre er schon einmal tot gewesen.

„Was ist — —?“

„Nichts — wir reisen nicht nach Bansin!“

„Papa!“

„Schweig'!“

Melitta war wütend. O, wie sie sich ärgerte, die lange Fahrt nach dem Bahnhofe gemacht zu haben! Nie wieder wollte sie jemand abholen. Ohne ein Wort zu sprechen, kletterte der Geheime Rat mit der Tochter auf einen Sechserommibus bis zur Friedrichstraße. Dann ging es schweigend mit der Stadtbahn nach Hause. Dumpf und hohl sagte der Vater „Gute Nacht“ und verschwand im Zimmer der Mama.

Melitta ging in Wut und Ingrimm zu Bette und weinte noch stundenlang vor Aerger. Herr Hartig aber berichtete, bebend vor Aufregung, seiner Gattin über das Zusammentreffen mit Dr. Dassel — und diese Berichterstattung war wiederum undiplomatisch.

Bansin, den 7. Juli.

Mein lieber Schwager!

Ich komme heute mit einer Bitte: Ihr Leute von der Berliner Polizei seid doch in der ganzen Welt ob Eurer Findigkeit hochberühmt. Deshalb wird es dir gewiß gelingen, folgendes herauszubringen: 1. Welche vornehme Dame in Berlin hat mein Bild „Neuschnee in den Dolomiten“ gekauft? Der Kauf ist durch das Sekretariat der Ausstellung erfolgt, und ich meine, daß dieses auf eine Anfrage, sofern solche auf gestempeltem Polizeipapier erfolgt, lautgegeben wird. 2. Wohin und womöglich wann gedenkt der Regierungsrat Hartig mit seiner Familie in die Sommerfrische zu reisen? Ein Münchener Kollege, ein lieber Freund und Duzbruder von mir, der alte Familienbeziehungen zu Hartigs hat, möchte diese — die Beziehungen nämlich — auffrischen, vielleicht in Berlin bei seiner Durchreise einen Besuch machen oder, falls sie über München kommen sollten, ihnen dort guten Tag sagen und Grüße überbringen, wenn es gerade paßt.

Strengste Diskretion gegenseitig!

Falls du irgendwelche Auslagen dabei hast, so teile sie mir bitte mit. Kriegst du das gewünschte heraus, so sollt Ihr auch ein ff. Hochzeitsgeschenk haben; ein Bild mit meinem Namen, einen echten Fritz Dassel. Wert: nicht unter 5000 Märkern.

Wann beginnt denn Dein Urlaub? Wenn du nach Baden-Baden kommst, grüße die Eltern herzlich, gib Hilde einen Kuß — einen zu den übrigen — von mir, und amüsiert Euch recht gut. Ihr verliebten Menschenkinder. Gottchen habt Ihr's gut! Ich sitze hier in Bansin und aquarelliere vor Langeweile Wasser, Himmel und Strand. Aber es ist mit dem Malerpinsel so eine eigene Sache, sie liegt nicht jedem! Außerdem ist es proppenvoll an der Ostsee, ein ganz schauderhaftes Menschengewühl. Ob ich es lange aushalten werde, weiß ich nicht. Habe auch ein schauderhaftes Quartier.

Schreibe so bald wie möglich

Deinem immer getreuen Schwager

Baden-Baden, den 19. Juli.

Lieber Schwager!

Dein Brief kam gerade am letzten Tage vor meinem Urlaub an, ich konnte ihn nicht mehr von Berlin aus beantworten, tue es aber heute noch in später Abendstunde, damit du möglichst bald Antwort erhältst.

Was Deine Wünsche anbelangt, so habe ich Deinen Kuß an Hilde in sorgfältigster Ausführung übermittelt, auch gewissenhaft hinzugefügt, daß er von Dir ist. Ich soll Dir wieder einen schicken, hier ist er, und wiederum erkläre ich gewissenhaft, daß er von Hilde ist.

Nun zum zweiten: die Nachforschung betreffend, die ich nach dem Käufer Deines Bildes anstellen soll. Bester Schwager und Mensch! Die Behörde samt ihren Briefbogen und Stempeln, was denkst du denn, wozu die da ist? Ich könnte was Schönes auf den Helm kriegen, wenn ich den amtlichen Apparat zu privaten Zwecken in Tätigkeit setzen wollte! Unter Umständen die Uniform verlieren. Ja, wenn Dein Bild gestohlen wäre, dann mit Vergnügen! — Wenn sich eine Königliche Polizei damit befassen soll, so mußt Du es also vorher mausen lassen. Das sei dir hiermit anheimgestellt. Dann wird nach seinem Verbleib geforscht, und wir erkundigen uns nach dem Eigentümer, mehr nicht! Bis dahin tut es mir leid, Dir nicht behilflich sein zu können.

Aber im übrigen freut es mich, Dir in punkto Deines Bildes berichten zu können, daß Deine Nachricht von dem Verkauf große Freude erregt hat. Hilde läßt Dir sagen, sie sei sehr glücklich über den Erfolg, sie nähme von ganzem Herzen daran teil und würde Dir in den nächsten Tagen ausführlich gratulieren. Auch Dein alter Herr war ein bißchen gerührt, er meinte: er hätte es gar nicht für möglich gehalten, daß Du mit Deiner Kunst Geld verdienen könntest — und 5000 Mark sei ein ganz respektabler Anfang.

Bei Tische erzählte er heut seinem Gegenüber, einer wirklichen Exzellenz: „Mein Sohn ist Dr. phil., in der Hauptsache aber ein anerkannter Maler!“ Siehst Du! — Ganz besonders vergnügt aber ist die gute Schwiegermama, sie hat bei Tafel vor Freude immer hellauf gelacht, so oft von Deinem Bild die Rede war. — Also wir kriegen auch eins als Hochzeitsgeschenk? Das ist lieb von Dir! Und wir werden es feierlichst in den Salon hängen. See oder Gebirge? Wenn ersteres, bitte ohne badende Menschen. Von wegen — — Du weißt schon. — Ach, wenn es nur schon so weit wäre! Aber die alten Herrschaften lassen sich von den drei Jahren nichts abhandeln.

Nun drittens: Hartig. Da kann ich Dir, respektive Deinem Freunde, mit promptester Findigkeit dienen: Geheime Regierungsrat (seit einem viertel Jahre ist er geheimgerätert worden) fahren am 27. vormittags mit dem D-Zuge nach München. Unbedingt sicher! Ich bin gestern sogleich noch nach Stralau gesaust und habe mich hinter Martha gesteckt. Diese kam auf die kluge Idee, sich nebenan beim Schuster Kleinschmidt zu erkundigen, und hat in Erfahrung gebracht: die Familie Hartig habe vier Paar Bergschuhe frisch nageln lassen mit der bestimmten Weisung, am Abend des 21. müßten sie fix und fertig sein, da sie schon am 22. früh halb elf nach München reisten.

So, nun wißt Ihr es. Auslagen: Gar keine. Für die Bonbonniere an Martha kannst Du Dich mit einem Spickaal revanchieren. Wir amüsieren uns famos. Baden-Baden ist ein riesig feudales Nest, wunderschön! Leider mußte ich auf besonderen Wunsch der Mama in Uniform antreten, wahrscheinlich will sie mich von Laien wieder für einen Dragoner ansehen lassen. Ach du lieber Gott! — Na, meinetwegen! Vergnüge Dich hübsch an der See! — Auf der Rückreise sehe ich Dich doch in Berlin? — Da wollen wir auch wieder recht fidel sein! — Herzliche Grüße

Dein getreuer Schwager Max Lange.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-3468322091919 0212-13/fragment/page=0005

Schulgelds u. a. m. seien im Haushaltsplan enthalten. Das Steuereinkommen dieses Jahres werde hoffentlich ausreichen, um die städtischen Bedürfnisse zu decken. Dabei sei auf die Notwendigkeit einer städtischen Kapelle hingewiesen. Für sie habe der Magistrat einen Zuschuß von 5000 Mk. eingesetzt. Er bitte nochmals, den Haushaltsplan aus verwaltungstechnischen Gründen schnellstens zu genehmigen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Entlastung der Jahresrechnung

a) der Sparkasse für 1917. Berichterstatter ist Stadtverordneter **Elze** für den erkrankten Stadtverordneten Schenke. Entlastung wird erteilt.

b) Der Kämmereikassenrechnung für 1915. Berichterstatter Stadtverordneter Eichardt. Entlastung wird erteilt.

c) Des Ausgleichsfonds für 1916/17. Berichterstatter ebenfalls Stadtverordneter Eichardt. Entlastung wird erteilt.

Punkt 2: **Ankauf des Grundstücks Fischerstraße 5 und Punkt 3: Errichtung einer Pferdeschlachthalle daselbst** bittet Stadtverordneter Frauenheim, zusammen zu erörtern. Berichterstatter Stadtverordneter Schröder verliest den Bericht des Stadttierarztes Stephan hierüber, aus dem sich die Notwendigkeit der Vorlage klar ergibt. Ein Bericht des Kreistierarztes behandelt dieselbe Materie. Die Stadt hat sich nach einem geeigneten Grundstück umgesehen und hat kein besseres finden könn als dieses Herrn Hickethier gehörige. Der Kaufpreis beträgt 18 300 Mk. Vorteilhaft ist, daß der Schlachthof und das Fleischbeschauhaus in der Nähe sind. Insgesamt werden sich die Kosten auf 30 300 Mk. belaufen. Im Interesse der Ernährung unserer Bevölkerung ist die Vorlage von Wichtigkeit, und ihre Annahme kann nur dringend empfohlen werden. Es kommen etwa 300 Schlachtungen im Jahre in Betracht, von jeder Schlachtung erhält die Stadt 8,50 Mk. Vielleicht oder vielmehr sehr wahrscheinlich wird der Viehhandelsverband einen Zuschuß zu den Kosten beisteuern. Stadtverordneter Langer fragt, ob, wenn ein neues Schlachthaus gebaut wird, das jetzt in Frage stehende Gebäude vielleicht dabei Verwendung finden könne. Wie stehe es überhaupt mit dem Bau eines neuen Schlachthauses? Dem Schlachten von Pferden muß in Anbetracht der Volksernährung Vorschub geleistet werden. Erster Bürgermeister Hertzog: **Der Generalplan eines neuen Schlachthofs ist bereits vorhanden. Er ist in die Nähe des städtischen Gaswerks zu legen, wo er Bahnanschluß erhält. Infolgedessen ist es unmöglich, das Gebäude** und Grundstück Fischerstraße 5 zu verwenden. Wir hoffen aber, vom Viehhandelsverband die Hälfte der Kosten zurückerstattet zu bekommen. Auch die Einrichtungen dürfte man bei dem neuen Schlachthof verwenden können. **Wird die Pferdeschlachtstelle wieder aus dem Gebäude herausgenommen, so kann man in demselben Kleinwohnungen einrichten.** Stadtverordneter **Kohl weist darauf hin,** daß bereits Mangel an Schlachtpferden herrscht und fordert städtische Beihilfe für den Pferdeschlächter Hoffmann in Meuschau. Er bittet mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt, die Vorlage abzulehnen. Für die Vorlage spricht sich Stadtverordneter Wittenbecher aus. Der Platz sei günstig. Die Auffüllung des Weges an der Brücke, die nach der Vorlage der Stadt außerdem mit 1000 Mk. belaste, sei notwendig. Stadtbaurat Zollinger: In dem Gebäude befinden sich zur Zeit **3 Wohnungen, außerdem das Hickethiersche Bureau.** Leicht lassen sich noch 6 Wohnungen einrichten. **Wir kommen dabei billiger fort, als wenn wir ganz neue bauen. Erster Bürgermeister Hertzog:** Die Kontrolle der Pferdeschlachtungen **muß ordnungsmäßig ausgeübt** werden. Das kann nur innerhalb unserer Gemeinde geschehen. Während Stadtverordneter Schröder nochmals die Vorlage befürwortet, ist Stadtverordneter Elze der Ansicht, daß man Umschau nach einem anderen Raum halten möge. Es sei besser, in dem Hause Fischerstraße 5 Wohnungen einzurichten. Erster Bürgermeister Hertzog: Wir haben uns nach allen Himmelsrichtungen umgesehen. Besseres konnten wir nicht finden. Auch Stadtverordneter Eichardt befürwortet die Vorlage. Die Einrichtung sei kaum billiger herzustellen. Das Angebot sei günstig. Darauf werden beide Magistratsvorlagen angenommen.

4. Anderweitige Einreihung der Stelle des Sparkassenvorstehers.

Referent ist Stadtverordneter Rügow. Es handelt sich um die Einrichtung einer gehobenen Stellung Der Posten ist sehr arbeitsreich. Darum ist eine Zustimmung zu dem Antrag nur zu empfehlen. Nur so kann ein tüchtiger und strebsamer Beamter für diesen Posten erhalten und behalten werden. Erster Bürgermeister Hertzog entwickelt nochmals kurz die Gründe, die zu der Vorlage geführt haben. Diese wird angenommen.

5. Einreihung der Stellen des Betriebsleiters und Buchhalters im Elektrizitätswerk in die Gehaltsordnung.

Berichterstatter Stadtverordneter Krüger. (Wir haben bereits über die Vorlage berichtet.) Die Vorlage wird angenommen.

6. Festsetzung einer Gehaltsstaffel für die Stelle des Assistenten beim Nahrungsmittelamt.

Referent Stadtverordneter Eichardt. Auch diese Stelle soll in eine Beamtenstelle umgewandelt werden, es kommt also für sie die 2. Gehaltsstufe in Betracht. Referent schlägt vor, hier dieselbe Skala wie für den Stadtbaumeister und den Stadtlandmesser anzunehmen. Erster Bürgermeister Hertzog: Der Magistrat wird nichts dagegen haben, wenn der Vereinheitlichung halber die Stadtverordneten den Vorschlag Eichardt sich zu eigen machen wollen. Daraufhin wird der Antrag Eichardt angenommen.

7. Ausdehnung der Bestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß ꝛc. auf alle städtischen Beamten.

Referent Stadtverordneter Eichardt. (Auch über diese Vorlage haben wir bereits berichtet.) Stadtverordneter Junker beantragt, auch den akademischen Lehrern am Lyzeum die Kinderzulage zu gewähren. Dieser Antrag, sowie die Magistratsvorlage werden angenommen.

Stadtverordneter Frauenheim: Als Vorsitzender des Wahlvorstandes für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen wird Bürgermeister Dr. Mosebach vorgeschlagen, als Beisitzer die Stadtverordneter Scholtz und Langer, als Stellvertreter die Stadtverordneten Schröder und Krüger. Versammlung tritt diesen Vorschlägen bei. Stadtverordneter Frauenheim bittet, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlzettelverteiler nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. Vielleicht könnte in den einzelnen Wahllokalen ein abgetrennter Raum geschaffen werden, wo sie sich aufhalten. Bürgermeister Dr. Mosebach: Die Zettelverteiler sollen nach Möglichkeit in einem geschützten Raum untergebracht werden. Im Wahllokal selber geht das nach der Wahlordnung nicht.

Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Merseburg.

Der unterzeichnete gemäß § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Jan. 1919 in Verbindung mit § 24 der Städteordnung gebildete Wahlvorstand, der aus

Bürgermeister Dr. Mosebach als Vorsitzendem, Stadtverordneten Scholtz, Langer als Beisitzern

besteht, fordert hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

Gemäß §§ 2 und 8 der Verordnung sind wählbar alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben Ausgeschlossen vom Wahlrecht und deshalb auch nicht wählbar ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

In Merseburg sind 36 Stadtverordnete zu wählen.

Mehr als 36 Namen dürfen die Vorschläge deshalb nicht enthalten. Ein Bewerber darf nur einmal vorgeschlagen werden. In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeiten kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 in der Stadt zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Es ist zu beachten, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen sollen.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar zur Rücknahme des Wahlvorschlages sowie zur Abgabe von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Anzuschließen sind den Wahlvorschlägen:

1. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag,
2. Bescheinigung des Magistrats darüber, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung finden am Sonntag, den 2. März 1919 statt.

Die Wahlvorschläge sind spätestens am 22. Februar 1919 bei dem Wahlvorstande einzureichen; die Verbindung mehrerer Vorschläge miteinander muß von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend

spätestens am 22. Februar 1919,

als dem 7. Tage vor dem Wahltage, dem Wahlvorstande schriftlich erklärt werden. Nur bis zu letzterem Termine können auch die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen beseitigt werden. Wahlvorschläge oder Verbindung von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen, können nicht zugelassen werden.

Merseburg, den 11. Februar 1919.

Der Wahlvorstand für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Merseburg.
I. 404/19.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 17. bis 23. Februar 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:

75 gr	Gries	zum Preise von 8 Pfg.	auf Bezugschein Nr. 23
2 Pfd.	Kohlrüben	" " " 16 "	" " " 24
1/2 "	Marmelade	" " " 50 "	" " " 25

Abgabe der Bezugscheine Nr. 23 bis einschließlich 25 am Mittwoch, den 12. Februar u. Donnerstag, den 13. Februar 1919.

In der Volks- und Mittelstandsküche und in den Gastwirtschaften sind für Mittagessen abzugeben: Bezugschein und Quittung Nr. 23.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 14. Februar 1919, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware von Donnerstag, den 20. Februar bis einschließlich Sonnabend, den 22. Februar 1919 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Merseburg, den 10. Februar 1919.
L.-A. 11. 443/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Versteigerung von Abraumpappelholz

am Mittwoch, den 12. Februar 1919, von nachmittags 3 Uhr ab auf dem Werder, im sogen. Erlenholz, gegenüber dem Scheitplatz, meistbietend gegen sofortige Bezahlung.

Merseburg, den 11. Febr. 1919.
Nr. II. 109/19 Der Magistrat

Ausgabe von Quark,

auf Abschnitt 44 der Quarkkarte am Mittwoch, den 12. Februar 1919 für den Rest der Kunden der Verkaufsstelle Fischer, Weißenfelserstr. 12, sowie für die Kunden der Verkaufsstelle Kötteritzsch, Gotthardstr. 21.

Gegen Vorlegung der neuen Quarkkarte werden auf den Kopf 60 Gramm Quark zum Preise von 12 Pfennig zugeteilt L.-A. II. 405/19.

Merseburg, den 8. Feb. 1919
Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Mager- u. Buttermilch

in der Woche vom 10. bis 15. Februar 1919, in sämtlichen Verkaufsstellen.

Es werden an Mager- oder Buttermilch zugeteilt:
auf Feld 16: soweit dieses noch nicht beliefert ist sowie auf Feld 17: für alle Versorgungsberechtigten 1/4 Liter.

Merseburg, den 8. Febr. 1919.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 406/19.

Ausgabe von Kohlrüben.

Auf Bezugschein und Quittungsabschnitt 22 werden in dieser Woche in allen Lebensmittelgeschäften auf den Kopf 2 Pfd. Kohlrüben zum Preise von 16 Pfg. verabfolgt.

Abgabe der eingenommenen Bezugscheine und Quittungen durch die Verkaufsstellen am Montag, den 17. Februar 1919 an die städt. Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstraße 5.

Merseburg, den 10. Febr. 1919.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 442/19.

Kaufe kl. Haus m. Obst- u. Gemüsegarten. Off. m Preis an Haus v. **Neumann**, Berl.-Wilmersdorf, Brandenburgischestr 43

In Merseburg

suche Restaurant od. Wirtschaft zu kaufen oder pachten event. Bierpacht od Vertreter. Offert. an **P. Kucki**, postlagernd, Merseburg

Möbliertes Zimmer

wenn möglich mit Kost, von anständ. Herrn sofort gesucht Angebote erbeten unter **K. S. 57** an die Expedition der Zeitung.

Möbliertes Zimmer

ev. mit Mittagstisch von jüng. Herrn sofort gesucht. Offerten unter **M. 59** an d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer

sofort zu mieten gesucht. Off. unter **400** an die Exp d. Bl.

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für getragene Bekleidung
— Merseburg, Karlstraße 4 —
Fernsprecher 591.

Mittwoch, den 12. Febr. 1919, vormittags von 9—12 Uhr:

Annahmetag.

M. 113/19 Der Magistrat.

Jagd-Verpachtung.

Sonnabend, den 1. März 1919, nachmittags 4 Uhr soll im Gasthaus zu Maßlau die Jagdnutzung im Gemeindebezirk Maßlau bei Schkeuditz auf die Zeit vom 1. Juni 1919 bis 31 Mai 1925, unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen, und mit Vorbehalt, der Auswahl unter den Lizitenten und Ablehnung sämmtlicher abgegebenen Gebote öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Maßlau, d. 6. Februar 1919.
Der Jagdvorsteher.
Beyer

Lehrling

mit sehr guter Schulbildung kann zu Ostern eintreten. Bewerbungen m. selbstgeschriebenem Lebenslauf an die

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Merseburg
Landeshaus 2.

Ich suche

einen Lehrjungen

zur Ausbildung als

Schneidemüllern, Holzfachmann

Gustav Winkler Nachf.
Holzhandlung und Sägewerk,
Merseburg, Moltkestr. 25.

Junges Mädchen, evtl solches, welches Ostern die Schule verläßt, als

lernende Verkäuferin

(kann gleichz. Schreibmaschineschreiben erlernen), für mein Haus- u Küchengeräte Geschäft gegen monatl. Vergütung zum 1. 3. oder später gesucht.

Justus Oppel,
Gotthardtstr 45. Telef. 593.

1 Tischlerlehrling

stellt Ostern ein
W. Reinecke. U.-Altenburg 34.

Ausgekämmtes

Damenhaar

kauft höchstzahlend
Alfred Kluge,
Bahnhofstraße 8.

Neuer dunkler

Ueberzieher,

auf Seide gefüttert, für große Figur passend, zu verkaufen.

Poststraße 3, I.
Nur mittags von 1—3 Uhr.

Auch bei unserer diesjährigen Mitglieder-Versammlung soll eine

Auszeichnung von Dienstboten,

die mindestens 5 Jahre bei Mitgliedern des Vereins im Dienste einer Herrschaft gestanden haben, durch die Aushändigung von Ehrenurkunden stattfinden. Wir bitten unsere Mitglieder, bezügliche Anträge uns bis zum 10. März schriftlich nach Seffnerstraße 1 einzureichen. Stichtag 1. April 1919.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt.

Große Auswahl!

Solide Qualität!

Karl Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

*****

Spezialgeschäft für

Braut- und Erstlings-Wäsche-Ausstattungen.

Entenplan No. 7. **Merseburg** Entenplan No. 7.

Aufmerksame Bedienung!

Fernsprecher 259.

Mäßige Preise!

Rotes Kreuz.

Gabenliste Nr. 122.

Spenden gingen ein von: Frau Bertus 5 M, Mädchen und Knaben der IV. gemischten Klasse der Volksschule I 50 M, Restbetrag des Sammlungserlöses der Schule zu Oetzsch für Obstkerne, Knochen pp. durch Lehrer Künzel, 6, 9 M, Filiale Magdeburg, Erlös der Frauenhaarsammlung 73,30 M, Ungen. 2 M, Landwirt Burkhardt in Soeheften 15 M, H 30 M, aus den Sammelbüchsen der Kreiskasse 32,25 M, Dr Taube für Rabenbänder 20 M.

Für vorstehende Liebesgaben sagt herzlichen Dank.
Merseburg, den 10. Februar 1919.
Der Mobilmachungsausschuß.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 12. Februar 1919

bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

nachm. von 2—3 Uhr	auf die Ordnungsnummern	1201—1300
" " 3—4 "	" "	1301—1400
" " 4—5 "	" "	1401—1500

bei Möbius, Tiefer Keller Nr. 1

nachm. von 2—3 Uhr	auf die Ordnungsnummern	1501—1600
" " 3—4 "	" "	1601—1700
" " 4—5 "	" "	1701—1800

bei Naundorf, Obere Breitestraße 4

nachm. von 1—2 Uhr	auf die Ordnungsnummern	1801—1900
" " 2—3 "	" "	1901—2000
" " 3—4 "	" "	2001—2100

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 11. Februar 1919.
L.-A. 173/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Suche Ostern für mein Kolonialwaren- und Zigarren-Spezialgeschäft einen

Lehrling mit guter Schulbildung.

E. Frauvert. Kleine Ritterstraße 2.

Makulatur

hat abzugeben
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt.)

Für die Gemeindewahlen

liefern wir Stimmzettel und Umschläge schnellstens.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190212-13/fragment/page=0006
DFG